

Vorarlberger Landtag

15. Sitzung

am 14. März 1907

unter dem Vorsitze des Herrn Landeshauptmanns Adolf Rhomberg

Gegenwärtig 21 Abgeordnete. - Abwesend die Herren: Hochwst. Bischof Dr. Lobt

und Abgeordneter Dr. Schneider.

Regierungsvertreter:

Herr f. k. Hofrat Levin Graf Schaffgotsch.

Beginn der Sitzung um 11 Uhr 10 Minuten vormittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und bitte um Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

(Landrat v. Ratz verliest dasselbe.)

Hat einer der Herren gegen die Fassung des Protokolls eine Einwendung vorzubringen? -

Es ist nicht der Fall; deshalb betrachte ich dasselbe als genehmigt.

Wir gehen zur Tagesordnung über. Auf derselben steht als erster Punkt: Akt betreffend die Regulierung des Ems- und Reutebaches in Hohenems. Ich möchte mir erlauben, dazu einige Bemerkungen zu machen. Es hat dieser Akt das hohe Haus schon in der verflossenen Session beschäftigt. Damals ist ein Antrag zum Beschluß erhoben worden, gemäß welchem der Landesausschuß beauftragt wurde, in Angelegenheit der Regulierung des Ems- und Reutebaches die notwendigen Erhebungen

durch das Landesbauamt vornehmen zu lassen. Diese Erhebungen wurden tatsächlich im Laufe der letzten Zeit zu Ende geführt und es liegt ein Plan samt Kostenvoranschlag vor, welcher der Gemeinde zur Stellungnahme übermittelt wurde. Die Gemeinde Hohenems hat dann nach Kenntnisnahme und Prüfung des Kostenvoranschlages ein neuerliches Ansuchen an den Landesausschuß gerichtet, welches darin gipfelt, die erforderlichen Staats- und Landesbeiträge zu den Kosten dieser Emsbachregulierung, welche sich auf die enorme Summe von 370.000 Kronen, ohne Grundablösung, beziffern würde, zu erwirken. Es kann daher in diesem Falle nicht davon gesprochen werden, daß das Gesuch der Gemeinde Hohenems als verspätet, weil erst nach der gesetzlichen Frist von 8 Tagen, eingetroffen ist und nicht in Behandlung gezogen werden kann, sondern es könnte diese

15. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

Angelegenheit den hohen Landtag ganz gut jetzt schon beschäftigen. Aber bei dem Stand der Dinge würde eine meritorische Behandlung dieser Angelegenheit in diesem hohen Landtag vorderhand keinen bestimmten Zweck haben und von keinem besonderen Erfolg begleitet sein, weil eben wichtige Schritte noch nicht getan sind, die gemacht werden müssen, um eine bestimmte Stellungnahme des hohen Landtages herbeizuführen. Es wird nämlich vorerst

Sache des Landesausschusses sein, auf Grund des vorliegenden Planes und eines noch nicht verfaßten technischen Berichtes, der sich deshalb verzögert hat, weil er erst auf Grund des fertigen Planes, der lange Zeit bei der Gemeinde lag und erst jetzt zurückgekommen ist, ausgearbeitet werden kann, mit der Regierung Verhandlungen einzuleiten behufs etwaiger Erwirkung eines Staatsbeitrages. Erst wenn diese Verhandlungen gedeihlich zu Ende geführt sind, kann der hohe Landtag selbst zu der

Frage wegen Bewilligung eines Landesbeitrages Stellung zu nehmen. Nach diesen Aufklärungen, die zu dieser Sache notwendig erschienen, glaube ich, daß vielleicht das hohe Haus damit einverstanden sein wird, wenn dieser Akt dem Landesausschuß mit dem Auftrage zugewiesen wird, die weiteren Vorkehrungen zu treffen, die nötig erscheinenden Verhandlungen mit den kompetenten Faktoren einzuleiten und auf Grund dieser Verhandlungen in einer späteren Session über diese Angelegenheit Bericht zu erstatten.

Es könnte bann von einer Verweisung an einen Ausschuß, der auch nur etwas Ähnliches beantragen könnte, Umgang genommen werden.

Wünscht jemand dazu das Wort? -

Es meldet sich niemand; somit nehme ich an, daß das hohe Haus zustimmt und diese Angelegenheit dem Landesausschuß überwiesen wird.

Wir kommen zum zweiten Punkt der Tagesordnung:
Bericht des Petitionsausschusses
über das Gesuch des Ausschusses der
Handelsschule in Lustenau um Subventionierung
dieser Schule.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abg. Pfarrer Mayer. Ich erteile ihm das Wort.

Pfarrer Mayer: Hohes Haus! Der vorliegende

Bericht befindet sich schon 4 Tage in den Händen der Herrn Abgeordneten und ich darf darum

von einer Verlesung desselben Umgang nehmen. Ich möchte aber ergänzend zu Absatz 6 des Berichtes bemerken, daß die Gesamtausgaben für die nächsten Jahre für diese Schule mit 16.703 Kronen präliminiert sind. Der Antrag des Petitionsausschusses lautet:

(Liest den Antrag aus Beilage 55.)

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Landeshauptmann: Ich eröffne über Bericht und Antrag die Debatte.

Der Herr Abg. Dr. Waibel hat das Wort.

Dr. Waibel: Ich werde dem Antrag zustimmen, weil ich alle Achtung habe vor der Gemeinde Lustenau, welche sich zu einer solchen Schule erschwungen hat. Ich kann aber diesen Anlaß nicht vorüber gehen lassen, ohne an eine Verhandlung zu erinnern, die der hohe Landtag im Jahr 1895 gepflogen hat. Damals lag ein Ansuchen der Stadt Bregenz um Subventionierung für eine Handelsschule vor. Ich habe damals die Ehre gehabt, im Namen der Minorität einen Antrag zu vertreten und ich sehe mich nun veranlaßt, heute wieder davon zu sprechen. Man hat es dazumal in hohen Kreisen für sehr richtig empfunden, daß es im höchsten Grade wünschenswert und notwendig wäre, in Vorarlberg eine Handelsschule zu errichten. Bis heute ist noch keine im Lande. Es ist nun interessant zu sehen, mit welcher Motivierung damals die Majorität diesen Antrag abgelehnt hat. Sie hat sich bei der Sache in jenem Berichte folgendermaßen ausgesprochen:

"Es wäre nun wohl wünschenswert, daß durch ausreichende Subvention seitens der Regierung die Errichtung und Erhaltung einer wo möglich kompletten Handelsschule samt kaufmännischer Fortbildungsschule in der Landeshauptstadt ermöglicht würde. Das Land Vorarlberg besitzt eine reiche Industrie und eine ziemliche Zahl größerer Handelsleute, so daß mancher strebsame Sohn des Landes hinreichend Gelegenheit hätte, eine ordentliche Lebensstellung zu finden, wenn er sich die notwendigen Kenntnisse im Handels- bzw. Gewerbewesen hätte erwerben können, während gegenwärtig viele derartige bessere Stellen durch qualifizierte Ausländer besetzt werden müssen."

Man sollte glauben, nach dieser Motivierung hätte die Majorität beschlossen, der Stadt Bregenz eine Subvention zu gewähren, um eine derartige

15, Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9, Periode 1906/7.

Schule ins Leben zu rufen. Man hat es aber nicht getan, sondern den Antrag gestellt:

(Liest den Antrag aus Beilage XLII der stenographischen Sitzungsberichte der V. Landtagssession der VII. Periode, welcher lautet:)

"Auf das Gesuch des Stadtrates Bregenz um Subventionierung einer in Bregenz zu errichtenden Handels- samt kaufmännischer Fortbildungsschule kann dermalen nicht eingegangen werden."

Ich hatte die Ehre, als Vertreter der Minorität damals folgenden Antrag dem h. Hause vorzulegen:

(Liest den Antrag aus obenangeführter Beilage.)

"Der Landesausschuß wird beauftragt, zum Zwecke der Errichtung einer 3 klassigen Handelsschule für das Land Vorarlberg, mit dem Sitze in der Landeshauptstadt Bregenz, im Einvernehmen mit dem Stadtrate von Bregenz, sowie der vorarlbergischen Handels- und Gewerbekammer mit der k. k. Unterrichtsverwaltung in Verhandlung zu treten und dem Landtage in der nächsten Session die geeigneten Vorschläge bezüglich der Beteiligung des Landes Vorarlberg an der Errichtung und Erhaltung einer solchen Unterrichtsanstalt zu unterbreiten."

Man sollte glauben, daß der Antrag, den ich soeben verlesen habe den Motiven entspräche, welche die Majorität dazumal im Berichte ausgesprochen hat. Es war aber das Gegenteil der Fall. Der Antrag der Minorität wurde abgelehnt.

Es ist freilich traurig, daß seit diesem Zeitpunkt diese Angelegenheit im hohen Hause nie mehr zur Sprache gebracht worden ist, weil die Stadt Bregenz sich nicht entschließen konnte, die Sache weiter zu verfolgen und sich auch der Landesausschuß nicht berufen gefühlt hat, sich der Sache weiter anzunehmen.

Das Land Vorarlberg ist ein Gewerbeland. Solche Unterrichtsanstalten, wie Handels- und Realschulen sind ein dringendes Bedürfnis für das Land und es hat ungeheuer lange Zeit und Anstrengung gebraucht, bis es endlich dazu gekommen ist, in Vorarlberg eine Realschule zu stände zu bringen. Der opferwilligen Ausdauer der Gemeinde Dornbirn ist es zu verdanken, daß dieses Institut endlich in voller Gänze ins Leben gerufen wurde.

Die Stadt Bregenz wäre wohl entschieden berufen gewesen, diesem Beispiel nachzuahmen. Ich habe bei Vertretung des Minoritätsantrages auf das wärmste die Stadt Bregenz ermuntert, diesen< Beispiele

zu folgen und sich durch diesen vorübergehenden Mißerfolg nicht abschrecken zu lassen. Leider ist diese Mahnung nicht berücksichtigt worden. Bregenz hat es unterlassen. Wenn es eine Handelsschule angestrebt hätte, so würde sich das Land und der Staat nach und nach soweit um die Sache angenommen haben, daß eine solche Schule entstanden tönte. Aber leider ist das unterblieben und ich bin überzeugt, und ich glaube, alle sind es, man würde es der Stadt Bregenz ermöglicht haben, diese Schule in sich aufzunehmen, die ihr gebührt hätte.

Es ist auffallend, daß gerade dieses Bedürfnis des Landes um eine solche Schule so wenig Berücksichtigung gefunden hat.

Es hat sich, leider muß ich daran erinnern, vor einigen Jahren hier ein Vorkommnis abgespielt, welches auch eine Schule betrifft, die vom gewerblichen Standpunkt aus betrachtet, ebenfalls von Bedeutung ist, das ist nämlich die Bürgerschule.

Die Bürgerschulen wären ganz gewiß für die gewerbliche Entwicklung von Vorarlberg eine außerordentlich gute und richtige Institution und alles wäre berufen, dieselben zu unterstützen und zu beleben.

Hier in diesem Hause hat man leider vor einigen Jahren, als es sich um eine Gesetzgebung für Volksschulen handelte, außer Acht gelassen, daß auch die Bürgerschulen, Volksschulen sind und wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Man hat ihnen den 25 % igelt Beitrag, den man sonst für Volksschulen vom Lande erhält, nicht gegönnt.

Ich will nun schließen. Ich habe nur meinem Herzen Erleichterung verschaffen müssen; es war mir ein Bedürfnis, daran zu erinnern. Ich kann nur bedauern, daß man damals im Jahre 1895 die Sache nicht weiter verfolgt hat und von Seite des Landes, des Landesausschusses und der Stadt Bregenz die Angelegenheit auf sich hat ruhen lassen.

Walter: Hohes Haus! Ich bin dafür, daß dem Antrag des Petitionsausschusses zugestimmt wird, daß nämlich der Gemeinde Lustenau ein Beitrag von 5000 K aus Landesmitteln bewilligt wird, weil auch Schüler aus anderen Gemeinden Vorarlbergs außer Lustenau diese Schule besuche>, und so auch Gewerbetreibende anderer Gemeinden aus der kaufmännischen Schule großen Nutzen ziehen. Ich bin auch ferner aus dem Grunde dafür, weil sichere Aussicht besteht, daß die Lehrergehälter an den beiden im Lande bestehenden

Bürgerschulen von Bregenz und Bludenz in günstigem Sinne werden geregelt werden.

Als Handwerker habe ich noch ein anderes Bedürfnis heute bekannt zu geben. Vor zirka 15 Jahren hat der Gewerbege nossenschaftsverband in Vorarlberg ein Gesuch an das hohe Unterrichtsministerium gerichtet um Errichtung einer gewerblichen Fachschule in Vorarlberg. Gleichzeitig hat der Gewerbege nossenschaftsverband an den hohen Landesausschuß von Vorarlberg ein Gesuch um Befürwortung des ersten Gesuches gerichtet, was auch geschehen ist. Durch Jahre lange Verhandlungen von Seite der Städte und der Unterrichtsverwaltung sollte dann eine Bau- und Kunsthandwerkerschule im großen Stile in irgend einer Stadt errichtet werden, welche aber jener Stadtgemeinde, in der diese Schule untergebracht werden sollte, so große Kosten verursachte, daß es beim besten Willen unmöglich war, diese Schule in Vorarlberg zu platzieren.

Es hat aber dann die Unterrichtsverwaltung andere Vorschläge gemacht und sich bereit erklärt, in Vorarlberg an Stelle der gewünschten Bau und Kunsthandwerkerschule einen offenen Zeichensaal, verbunden mit Wanderunterricht zu eröffnen, welcher mit einer entsprechenden Zahl von Professoren besetzt werden sollte. Die Stadtgemeinde, welche diese Schule aufzunehmen gedenkt, muß ebenfalls das Gebäude, Beheizung und Beleuchtung unentgeltlich beizustellen sich verpflichten. Es haben dann drei der Städte sich bereit erklärt, das zu tun, nämlich Bregenz, Dornbirn und Feldkirch. Obwohl uns die in Aussicht gestellte Schule nur zum Teile befriedigte, glaubte man doch in den Kreisen der Handwerker und der maßgebenden Körperschaften des Landes, die Schule als eine Abschlagszahlung annehmen zu sollen, um sie im Falle des Bedürfnisses zu erweitern. Daß die Schule für Vorarlberg ein Bedürfnis ist, ist schon wiederholt an dieser Stelle bewiesen worden. Wer aber glaubt, daß diese Schulangelegenheit gesichert sei, hat sich gründlich getäuscht. Es ist jetzt bald ein Jahr vorüber, seitdem die letzten Verhandlungen in dieser Angelegenheit geführt wurden und wir stehen heute noch am gleichen Fleck. Wir haben heute noch keilte solche Schule.

Wir ersuchen daher, daß von kompetenter Stelle des Landes diese dringende Forderung der Handwerker weiter betrieben werde, damit, wenn schon

nicht die geplante Bau- und Kunsthandwerkerschule erreicht wird, so doch der in Aussicht stehende offene Zeichensaal, verbunden mit Wanderunterricht, bald erstellt werden möge.

Ölz: Der Herr Dr. Waibel hat die Landtagsverhandlungen von 1895 berührt. Ich hatte damals

nicht die Ehre, dem Hoheit Hause anzugehören. Aber ich erinnere mit dennoch ganz lebhaft an die damaligen Verhandlungen im Landtage über diese Frage. Die Stadt Bregenz hatte beim Landtage um eine Subvention aus Landesmitteln für eine in Bregenz geplante Handelsschule angesucht. Nun ist es eigentümlich, daß der Stadt Bregenz mit diesem Gesuche eigentlich gar nicht Ernst war. Der Herr Dr. Waibel hat diese Verhandlungen, wie es scheint, nicht genau nachgelesen.

(Dr. Waibel: O ja!)

Der Herr Abg. Dr. Schmid war damals weder mit dem einen noch mit dem andern Antrag einverstanden,

(Dr. Waibel: Ganz richtig!)
weder mit dem Antrag der Majorität noch mit dem der Minorität.

(Abg. Loser: Hört!)

Und Herr Dr. Waibel hat dem Herrn Dr. Schmid gegenüber damals bemerkt, die Stadt Bregenz sollte nicht so hochmütig sein und eine Mittelschule anstreben, sondern wenigstens das fördern, was möglich wäre.

Ich habe hier das bezügliche stenographische Sitzungsprotokoll aufgeschlagen. Die Stadt Bregenz hat sich damals allerdings aus die Veranlassung des k. k. Landesschulrates hin um eine Handelsschule gekümmert, aber im Hintergründe lag ihr, wie Herr Dr. Schmid bei jener Verhandlung selbst ausgeführt hat, eigentlich die Errichtung einer Mittelschule in Bregenz. Dieser Plan ist in Bregenz immer vorhanden gewesen und um ihn haben sich die Wünsche gedreht. Man wollte, nachdem die Lehrerbildungsanstalt weggekommen war, wieder eine andere höhere Schule bekommen. Ich kann Ihnen sagen, daß ich damals unentwegt in allen Kreisen dafür eingetreten bin, daß Bregenz eine Handelsschule bekomme, ja ich habe gesagt, Bregenz muß, sogar wenn immer möglich, eine Handelsakademie anstreben und erhalten, erst dann ist in Vorarlberg für alles gesorgt. Wir hätten dann in Feldkirch ein Gymnasium, in Dornbirn

15. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

137

eine Realschule und in Bregenz eine Handelsakademie.

(Dr. Peer: So wäre es richtig gewesen.)

Die Idee ist aber nicht durchzuführen gewesen.

Ich erinnere mich noch ganz gut, daß man in städtischen Kreisen gesagt hat, ja beim Ministerium finden wir keine Unterstützung, wir können höchstens eine zweiklassige Handelsschule errichten und mit ihr ist uns nicht geholfen. Ich will gegen niemand Vorwürfe erheben; aber wie es im Leben oft zu gehen pflegt, man war nicht weitsichtig genug. Denn, wenn man zunächst mit dem Erreichbaren zufrieden gewesen wäre und daran gedacht hätte, allmählich weiterzugehen und dahin zu arbeiten, daß wir schließlich eilte Handelsakademie bekommen, so wäre die Sache gut gewesen und die Frage im Interesse des Landes und der Stadt gelöst. Aber das hat man damals nicht eingesehen, sondern hat nach einer Mittelschule gestrebt. Als eine Handelsakademie unmöglich war, hat man in Bregenz die Gymnasiumsfrage aufgerollt und diesen Plan jetzt auch durchgeführt.

Herr Dr. Waibel hat gesagt, wenn der Landesausschuß oder die hohe Landesvertretung damals eine Subventionierung der geplanten Handelsschule vorgenommen hätte, so wäre wahrscheinlich eine Handelsschule in Bregenz errichtet worden.

Hierin ist aber der Herr Dr. Waibel ganz im Irrtum. Das geht aus dem hervor, was ich früher gesagt habe; Herr Dr. Schmiß war mit einer Subvention selbst nicht einverstanden. Er hat erklärt, das will ich auch nicht, wofür der Herr Dr. Waibel, der Berichterstatter der Minorität, eintritt. Also wenn etwa in den Ausführungen des Herrn Dr. Waibel ein Vorwurf gegen den Landerausschuß oder die hohe Landesvertretung von damals liegen sollte, so muß ich hier feststellen, daß er ungerechtfertigt vorgebracht wurde. Die Sache lag eben so, daß die Bregenzer selbst eigentlich keine zweiklassige Handelsschule wollten, sondern, wie der Dr. Waibel ausgeführt hat, damals zu hochmütig dazu waren. Nun hat der Herr Dr. Waibel auch an einen Fall erinnert, welcher bei der früher vorgenommenen Regelung der Lehrer gehakte und Einreihung der Schulen vorgekommen ist. Er sagte, man habe damals die Tatsache nicht berücksichtigt, daß die Bürgerschulen auch Volksschulen seien. Ich gestehe es unumwunden zu, man hat die Bürgerschulen bezüglich der 25%igen

Landesbeiträge zu den Lehrergehalten nicht wie die Volksschulen behandelt, man dachte sich, es seien eine Art Privatschulen und wenn eine Gemeinde eine solche Schule gerne haben will, so solle sie dieselbe auch erhalten.

Run stehe ich heute auch auf einem etwas anderen Standpunkt, ich würde heute dafür einstehen, daß man die Bürgerschulen wie die Volksschulen behandelt, wenn eine neue Lehrergehaltsregelung vorgenommen wird und daß man den Gemeinden, die eine Bürgerschule besitzen, auch von

den durch dieselbe erlaufenden Schulauslagen 25 % vonseite des Landes gibt, wie es bisher bezüglich der Volksschulen gewesen ist.

Aber ich bitte Sie, bei den Verhandlungen im Landtage anno 1899 hat man schon das letztere nur mit großen Schwierigkeiten erreicht. Man stand damals nicht auf dem Standpunkte: "hinauf, hinauf, hinauf", sondern ging sehr langsam schrittweise vorwärts, immer gegen große Gegenströmungen ankämpfend. Ich erkläre nochmals unumwunden, daß ich, wenn wir hier eine Lehrergehaltsregelung wieder vornehmen - und das wird in absehbarer Zeit geschehen müssen - dafür eintreten werde, daß man den beiden Städten im Lande, die dormalen eine Bürgerschule besitzen, in dieser Richtung entgegen kommt.

(Dr. v. Preu: Bravo!)

Wenn nun auch in den diesbezüglichen Ausführungen des Herrn Dr. Waibel ein Vorwurf gegen die damalige Landesvertretung liegen sollte in dem Sinne, daß durch ihr Vorgehen etwas Nachteiliges entstanden sei, was nicht geschehen wäre, wenn man die Bürgerschulen unter die mit Landesbeiträgen zu beteiligenden Schulen einbezogen hätte, so müßte ich mich dagegen verwahren; denn die Bürgerschulen in den Städten Bregenz und Bludenz haben bestanden, ehebevor der oben angezogene Landesbeitrag geflossen ist. Zum Schaden gereichte es allerdings nur den Kassen der beiden Stadtgemeinden. Aber die Schulen selbst als solche haben fortbestanden, ohne daß ihre Einbeziehung in die damaligen Schulgesetze stattgefunden hat.

Bösch: Die Gemeinde Lustenau hat für die Errichtung und Erhaltung der dortigen Handelsschule gewiß bleibend große Opfer zu bringen. Da nun aber diese Schule nicht nur für die Gemeinde Lustenau errichtet ist, sondern weil Söhne des

138

15. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

ganzen Landes dieselbe besuchen können und ihren Nutzen daraus ziehen, so finde ich den Antrag des Petitionsausschusses ganz gerechtfertigt. Ich hätte es zwar lieber gesehen, daß der Gemeinde Lustenau eine mehrjährige und ausgiebige Subvention zugestanden! worden wäre, weil ja auch, wie gesagt, die Opfer sehr große sind und die Steuerträger jedenfalls schwer belasten. Nachdem aber die Sache so liegt, daß auch andere höhere, als Volksschulen, bis dato vorn Lande nicht subventioniert worden sind, so muß ich mich doch mit der beantragten Subvention zufrieden stelle, hoffe aber, wenn die Handelsschule einen guten Fortgang nimmt und

zur Zufriedenheit der Bevölkerung des Landes vorwärts schreitet, daß sie auch später wieder einmal etwas bekommen wird, und in dieser Hoffnung bitte ich das hohe Hans um die Annahme des Antrages.

Dr. Preu: Ich möchte nur auf etwas aufmerksam mache>, was der Herr Abg. Ölz gesagt hat bezüglich der Subventionierung beziehungsweise der Aufbesserung der Lehrergehalte seitens des Landes in der Richtung, daß auch die Bürgerschulen von Bregenz und Binden; den 25 %igen Zuschlag vom Lande bekommen.

Ich will einem Gegenstand nicht vorgreifen, der ja ohnedies zur Sprache kommen wird, nachdem er eingangs dieser Session auf das Programm gesetzt war. Es ist dies die Frage der Lehrgehaltsaufbesserung im Lande. Ich glaube dasjenige, was ich jetzt berührt habe, auf den Zeitpunkt aufbewahren zu sollen, wo diese Frage in Verhandlung kommen wird, d. h. wenn es sich nm die Lehrergehaltssubventionierung handeln wird. Ich betone das, damit die Herren sich die Sache in wohlwollende Überlegung ziehen und sich vorbereiten wollen, weil in jedem Falle in jenem Momente auch fei- heute in Behandlung stehende Gegenstand zur Sprache kommen wird in dem Sinne, wie auch der Herr Abg. Ölz gesagt hat. Ich möchte also bitten, darauf später das Augenmerk gerichtet zu halten.

Landeshauptmann: Wenn niemand mehr das Wort wünscht, so ist die Debatte geschlossen. Hat der Herr Berichterstatter etwas beizufügen? -

(Pfarrer Mayer: Nein.)

Wir schreiten zur Abstimmung, ich ersuche jene Herren, welche dem Antrag des Petitionsausschusses zustimmen, sich gefälligst zu erheben. -

Angenommen.

Dieser Gegenstand ist hiemit erledigt.

Es kommen nun vier Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses. Ich möchte sie alle, so verschiedenartige Themata sie speziell berühren, doch, weil sie alle sich mit Stickereiangelegenheiten befassen, unter einem zur Verhandlung bringen. Der erste Bericht behandelt die Zuschrift der k. k. Statthalterei betreffend die Unterstützung des Wanderunterrichtes der k. k. Stickereifachschule in Dornbirn. Dann folgt der Bericht über das Gesuch der Stickereigenossenschaft Lustenau um Gewährung eines Beitrages für den Fachunterricht. Hierauf der Bericht über das Gesuch des Verbandes der Sticker- und Ferggergenossenschaft um einen Beitrag für eine Stickereiausstellung und für Zwecke des

Verbandes, und endlich der Bericht über das Gesuch der Stadt Dornbirn um einen Beitrag zur Bestreitung der sachlichen Erfordernisse der k. k. Stickereifachschule.

Die Berichte sind erst gestern abends oder heute früh in die Hände der Herren Abgeordneten gelangt und es wird sich vielleicht empfehlen, den einen oder den andern, oder auch alle zur Verlesung zu bringen. Ich gedenke, den Herren Abgeordneten die Möglichkeit zu bereiten, sich an einer allgemeinen Besprechung über diese vier Gegenstände beteiligen zu können. Es muß übrigens dem Herrn Berichterstatter, der alle vier Berichte zu vertreten hat, überlassen bleiben, ob er zunächst den einen oder den anderen Bericht zur Verlesung bringt und nach jedem eine Pause eintreten läßt, oder ob er eine allgemeine Besprechung einzuleiten gedenkt. Ich möchte diese Anregung im Interesse der Kürze und Übersicht der Verhandlungen gemacht haben, nachdem eine allgemeine Besprechung über alle vier Berichte ganz gut angebracht wäre. Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter Abg. Dr. Drexel.

Dr. Drexel: Als Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses habe ich die Ehre, dem hohen Hause vier Anträge samt den Berichten betreffend die Unterstützung der Stickerei in Vorarlberg vorzulegen. Wenn man nun nach der Intention und Anregung des sehr geehrten Herrn Vorsitzenden zunächst eine Generaldebatte eröffnen will, so wird man zuerst alle vier Berichte samt den Anträgen vorlesen oder aber die Generaldebatte ohne

15. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

139

weiteres eröffnen und erst nachher Berichte und Anträge getrennt vorlegen müssen.

Landeshauptmann: Man könnte die Sache etwa so machen, daß der Herr Berichterstatter zunächst Titel und Anträge der Berichte verliest, hierauf könnte man eine allgemeine Besprechung über alle vier Anträge vornehmen und dann erst eine Art Spezialberatung eintreten lassen, wobei der Herr Berichterstatter jeden einzelnen Bericht vorliest und etwa einzelne erläuternde Bemerkungen dazu gibt. Also die Herren werden damit einverstanden sein. Wenn keine Einwendung erhoben wird, kann in dieser Weise vorgegangen werden.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zunächst die vier Titel und Anträge der Berichte zu verlesen.

Dr. Drexel: (Verliest Titel und Anträge der vier Berichte aus den Beilagen 59, 57, 60 und 58.)

Landeshauptmann: Nach dieser Verlesung der Titel und Anträge eröffne ich die allgemeine Besprechung. In derselben hat sich der Herr Abg. Amann zum Worte gemeldet; ich erteile ihm dasselbe.

Amann: Hohes Haus! Wenn ich zu diesen Anträgen des volkswirtschaftlichen Ausschusses Stellung nehme, so geschieht es nur, um sie wärmstens zu befürworten.

In erster Linie findet sich ein Gesuch der Gemeinde Dornbirn vor, das die Subventionierung der Stickereifachschule bezweckt.

Einerseits soll nach dem bezüglichen Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses der letztjährig bewilligte Betrag von 900 K nachträglich um 300 K erhöh<, andererseits sollen je 2100 K für die Jahre 1907 und > 908 gewährt werden. Ich kann den beiden Anträgen nur voll und ganz zustimmen.

Ersterem stimme ich deshalb bei, da die bedeutende Erweiterung der Fachschule eine Erhöhung des Pachtzinses zur Folge hatte, daher eine, wenn auch nachträgliche Mehrforderung seitens der Gemeinde Dornbirn gerechtfertigt erscheint Für den zweiten Teil des Antrages möchte ich mich deshalb einsetzen und um die Zustimmung des hohen Hauses bitten, da es eine längst bekannte und in diesem Hause schon öfters konstatierte Tatsache ist, daß die Fachschule für das Land beziehungsweise für seinen bedeutendsten Industriezweig, die Stickerei, von eminenter Wichtigkeit ist.

Die von Jahr zu Jahr sich mehrenden Gesuche aus allen Teilen des Landes um Aufnahme in dieselbe sind der glänzendste Beweis für die Bedeutung unserer Fachschule. Wenn auch der Antrag des Herrn Referenten, respektive des volkswirtschaftlichen Ausschusses, nicht die gewünschten s/3 des Pachtzinses für die Jahre 1907 und 1908 gewährt, so wird doch sicher mit der Votierung der Hälfte des Pachtzinses das rege Interesse des Landtages für die Sache ausgedrückt.

Ferners enthält ein uns vorliegender Antrag die Bewilligung von 4000 K für den Wanderunterricht auf Grund einer Note der hohen k. k. Statthalterei.

Halten wir uns vor Augen, was die hohe Regierung pro 1906 für die Stickerei geleistet, so sehen wir, welches hervorragende Interesse dieselbe seit Jahren dieser unserer heimatlichen Industriebranche entgegenbringt. Die Ausgaben der Regierung für den genannten Zweck bezifferten sich int letzten Jahre:

An Neuanschaffungen in der Fachschule für 4 Handmaschinen K 5800'-

für eine Schifflimaschine . " 6000 -

für einen Motor " 600' -

Total K 12.400' -

Dazu kommen dann noch die weiteren großen Ausgaben für den Wanderunterricht.

Das pro 1907 präliminierte Budget für die Vorarlberger Stickerei beträgt K 22,560. Außer dem wird uns versichert, daß die Regierung nicht abgeneigt ist, für das Jahr 1907 eine weitere Schiffflimaschine in der Fachschule anzuschaffen. Dieses Wohlwollen der Regierung verdient wohl, daß auch wir der Sache volles Verständnis entgegenbringen.

Die Wichtigkeit des Wanderunterrichtes klarzulegen, kann ich mir ersparen, da dies von mir und von anbeteter Seite schon mehr als einmal geschehen ist. Wollte man einen geringeren Betrag als 4000 K für genügend finden, indem man darauf hinweist, daß letztes Jahr von den bewilligten 4000 K nur 2630 K verwendet wurden, so möchte ich darauf erwidern, daß dieses Ersparnis nur dadurch möglich war, daß nicht beide Wanderlehrer das ganze Jahr in Tätigkeit waren. Wanderlehrer Nickel trat nämlich am 30. April l. I. wegen Verwendung

140

15. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/?.

in der Fachschule von seinem Berufe als Wanderlehrer zurück und es wurde dessen Stelle als Wanderlehrer nicht besetzt; ein Ausnahmzustand also, der den verminderten Ausgaben zu Grunde liegt. Deshalb bitte ich auch um die Zustimmung zum Antrage betreffend Subventionierung des Wanderunterrichtes.

In weiterer Linie beschäftigt uns ein Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses betreffend ein Gesuch der Sticker- und Ferggergenossenschaft. Dieses Gesuch enthält zwei Bitten. Einerseits ersucht die Genossenschaft um einen Beitrag zu den gewöhnlichen Vereinszwecken, andererseits um Subventionierung der diesen Sommer in Hohenems stattfindenden Landesstickereiausstellung.

Was den ersten Teil betrifft, so stellt sich der volkswirtschaftliche Ausschuss auf einen ablehnenden Standpunkt. Ich vermag für diesmal auch keinen anderen Standpunkt einzunehmen.

Um meine Haltung zu begründen, möchte ich vor allem darauf hinweisen, daß die Mitglieder der bittstellenden Genossenschaft, um Subventionen für ihre gewöhnlichen Vereinszwecke von uns zu erhalten, zuerst selbst ein bischen opferwilliger für

ihre Interessen sein sollten.

Der jährliche Beitrag der Mitglieder beträgt, wie vielleicht manchen bekannt sein dürfte, nur 20 h. Bei den dermalen äußerst günstigen Verdienstverhältnissen wäre denn doch eine Erhöhung des Beitrages wenigstens für die Zeit der günstigen Situation angezeigt. Schon eine minimale Steigerung des jährlichen Beitrages würde die paar 100 K ausbringen.

Wetters sei angedeutet, daß die Betreffnisse, welche die einzelnen Fachvereine von der Genossenschaft aus der Summe der bisher vom Lande bewilligten 4000 K - die Genossenschaft verwendet nämlich die Landessubvention hauptsächlich für die Unterstützung der Fachvereine - erhalten, selbstredend sehr klein sind und sein können. Gerade deshalb einerseits und andererseits, weil die Fergger und Fabrikanten am Blühen der Fachvereine das größte Interesse haben, entschlossen sich z. B. in Hohenems die Fabrikanten und Fergger, die dortigen beiden Fachvereine materiell zu unterstützen und brachten pro 1906 405 K für diesen Zweck auf. Ich glaube, dieses Beispiel könnte auch für andere Gemeinden und Bezirke anregend sein. Den Fachvereinen wäre damit viel besser geholfen, als dies

durch die Subvention der Genossenschaft ermöglicht wird, wenn auch selbstverständlich die Fachvereine bisher die kleinen Beträge der Genossenschaft dankbarst angenommen haben.

Was mich aber gerade heuer besonders gegen die Gewährung der 400 K im genannten Sinne veranlaßt, ist die Anschauung, man sollte heuer dieses Geld zu einem noch viel wichtigeren Zwecke verwenden - freilich ebenfalls wieder zum eminenten Vorteile der Sticker - nämlich zu einer Stickereiausstellung. Es ist heuer eine Stickereiausstellung des Landes geplant und zwar in Hohenems.

Es ist das die erste Ausstellung dieser Art bei uns, obwohl seit Jahrzehnten gerade die Stickerei von bedeutendem Einflüsse auf die kulturelle Entwicklung unseres schönen Vorarlbergs geworden ist.

Gewiß auch sie, meine Herren, verkennen den Wert einer Ausstellung nicht. Eine Ausstellung repräsentiert einen edlen Wettstreit der besseren Leistungen und ist somit ein reger Ansporn zu einer kräftigen Entfaltung der Arbeitsfähigkeit, des wirtschaftlichen Könnens, des Arbeitsfleißes derjenigen, welche sich mit diesem Industriezweige beschäftigen. Eine Ausstellung ist ein Appell an die große Öffentlichkeit, besonders an die interessierten Kaufkreise der Welt, die Resultate des wirtschaftlichen Schaffens zu besichtigen und dann das ausstellende Land immer mehr in den mächtigen Konkurrenzkampf des Wirtschaftslebens eintreten zu lassen. Gilt dies von den großen Weltausstellungen, so gilt es nicht minder

von den kleinen Landesausstellungen.

Darüber ist man sich wohl allerseits klar. Daß gerade unsere heimische Stickerei einmal in der Form einer glänzenden Ausstellung der Welt sich zeigen soll, wird jedem verständlich erscheinen, der den Stickereimarkt kennt, besonders das Renommee unserer Stickerei beim konsumierenden Publikum.

Es ist ebenso betrübend als wahr, daß der Ruf unserer heimischen Stickerei auf dem Markte noch lange nicht jene Rolle spielt, die ihr gebührt. Konimt man nach Wien oder in andere große Städte, so findet man dort immer wieder und wieder in den großen Geschäften Reklame gemacht für Schweizer-Stickereien als gesuchte Artikel. Unter dieser Marke wird heute fast überall der Handel in Stickereiwareit abgeschlossen. Das ist umso sonderbarer, da Schweizerware, fertiggestellt und über die Grenze nach Österreich gebracht, pro 100 Kilo 480 K Zoll zahlt; Ware österreichischer Provenienz, die nur im Rohstoffe aus

15. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

141

dem Auslande bezogen wird, zahlt mit Zollbegünstigung nur 85 K Zoll pro 100 Kilo.

Und doch soll unsere Vorarlberger Ware so im Hintergründe stehen! Das darf in der Zukunft nicht so bleiben. Nicht etwa schlechtere Arbeit oder mindere Ware ist Ursache dieser traurigen Erscheinung, sondern der Umstand, daß unsere Ware als Vorarlberger Ware noch zu wenig bekannt, überhaupt noch zu wenig unter eigener Etiketete aufgetreten ist.

Die großen Erfolge, die unsere Stickerei auf der Londoner Gewerbeausstellung erzielt hat, sind ein Beweis dafür, daß unsere Ware den großen Weltmarkt nicht fürchten muß, sondern daß wir vielmehr ruhig in den allgemeinen Konkurrenzkampf eintreten können.

So möchte ich denn das Unternehmen einer Ausstellung unserer Stickerei mit aller Kraft unterstützt sehen, gerade von feiten dieses Hauses. Daher freue ich mich, daß der uns vorliegende Antrag auf Subventionierung der Ausstellung mit 700 K lautet.

Endlich stimme ich auch für die Subvention des Wanderlehrers in Lustenau. Der Betrag behält die Höhe des Vorjahres.

Die allgemeinen Ausführungen von heute und im letzten Jahre sowie die Bedeutung der Stickerei überhaupt begründen meine Zustimmung.

Und so bitte ich das hohe Haus, durch Votierung

der vorliegenden Anträge seine Opferwilligkeit für unsere Stickerei zu bekunden, damit dieselbe, die in unserem Lande schon so manchen Wohlstand begründet hat, immer mehr gedeihe und blühe.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch weiter das Wort in der allgemeinen Besprechung? Wenn sich niemand mehr meldet, so erteile ich das Wort dem Herrn Berichterstatte.

Dr. Drexel: In der Generaldebatte habe ich weiters nichts mehr zu bemerken und bin der Meinung, daß es angezeigt ist, nun die einzelnen Punkte zu verhandeln.

Der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses betreffend den Landesbeitrag für den Wanderunterricht der k. k. Stickereifachschule in Dornbirn führt aus, daß wir letztes Jahr zum erstenmal eine neue Stellung einnahmen und 4000 K fest bezahlten, ohne nachher uns eine Rechnungslegung geben zu lassen. Der Bericht betont auch, daß im Jahre 1906 der Wanderunterricht sehr schwach war im Verhältnis zu den früheren Jahren. Wir haben jetzt freilich nicht mehr Gelegenheit, das hier direkt der kompetenten Stelle zu sagen, weil der Wanderunterricht nun unmittelbar der Unterrichtsverwaltung untersteht und der Fachschulausschuß keine Verantwortung mehr dafür hat; ich glaube aber doch als Berichterstatte, dem Vertreter der k. k. Regierung empfehlen zu dürfen, mit allen Mitteln auf den Ausbau des Wanderunterrichtes hinzuwirken.

Einige Anregung bringt ja der Bericht wohl auch selbst und es ist die Meinung des Berichterstatte, daß nach dieser Seite hin der eine oder andere Fortschritt ohne weitere Opfer durchgeführt werden könnte. Ich empfehle daher im Namen des volkswirtschaftlichen Ausschusses den Antrag:

(Liest den Antrag aus Beilage 59).

Landeshauptmann: Wünscht jemand zu diesem Berichte und dem gestellten Antrage das Wort zu nehmen? -

Herr Abgeordneter Loser hat das Wort.

Loser: Hoher Landtag! Mit dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses, es seien der Unterrichtsverwaltung für den Stickereiwanderunterricht für die Jahre 1907 und 1908 je 4000 K zu bewillige, bin ich vollkommen einverstanden und stimme ihm zu.

Ich halte es jedoch für angezeigt, in diesem Augenblicke, wo wir der Regierung einen nicht unbedeutenden Beitrag überweisen, zum Zwecke der Hebung und Förderung der Stickereiindustrie, eine andere Angelegenheit, die ebenfalls diese Industrie

betrifft, hier zur Sprache zu bringen.

In Stickereikreisen sind besonders in letzter Zeit ganz bedeutende Klagen laut geworden, die sich fast durchwegs auf den Veredlungsverkehr beziehen. Es wird besonders über die erschwerenden Bestimmungen geklagt, die seitens der Finanzbehörden verfügt wurden, besonders aber über die so sprunghafte Erhöhung der zu leistenden Kauttionen.

Ich unterlasse es aber im gegenwärtigen Augenblicke, in die Details dieser Beschwerden, die man allerorts zu hören bekommt, näher einzugehen, umsomehr, da ich im gegenwärtigen Augenblicke auch nicht in der Lage bin, dieselben in ihrem vollen Umfange auf ihre Richtigkeit prüfen zu können.

142

15. des Sitzung Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

Da jedoch diese Beschwerden allgemein und übereinstimmend vorgebracht werden, muß ich wohl annehmen, daß diese begründet seien.

Nachdem nun dermalen kein Reichsrat existiert, also auch keine Abgeordneten, die bei der obersten Finanzbehörde intervenieren könnten, was in solchen Fällen sonst in der Regel zu geschehen pflegt, so sollten, glaube ich, auf anderem Wege Schritte getan werden, mit diesen Beschwerden abzuhelpfen.

Aus diesem Grunde sollte nach meinem Dafürhalten von seiten des Landtages etwas geschehen und ich möchte mir daher erlauben, folgenden Antrag zu stellen:

"Der Landesausschuß wird beauftragt, bezüglich der besonders in letzter Zeit wiederholt laut gewordenen Klagen über bedeutende Erschwerungen betreffend den Veredlungsverkehr Erhebungen zu pflegen und im Interesse der heimischen Stickereiindustrie die geeigneten Schritte zu tun."

Anmut: Hohes Haus! Ich bin mit dem Antrage des Herrn Abg. Loser, wie er ihn gestellt hat, voll und ganz einverstanden und begrüße denselben auf das freudigste. Die erwähnten Klagen und Beschwerde>, die von den Kreisen der Stickereiinteressenten erhoben werden, sind in der Tat nicht aus der Luft gegriffen, sondern vollauf begründet. Auch ich will es unterlassen, hier im offenen Hause alle jene Schwierigkeiten im einzelnen zu besprechen, die besonders den Veredlungsverkehr betreffen, obwohl es mir als einem an der Sache selbst Beteiligten nicht schwer fallen würde, dies zu tun. Dagegen erkläre ich mich gern bereit, dem Landesausschuß

hierüber genaueste Auskunft nach jeder Richtung zu geben. Ich bin auch überzeugt, daß der Landesausschuß dem Antrage die größte Aufmerksamkeit zuwenden und die bezüglichen Erhebungen in gewissenhafter Weise pflegen wird und bitte auch meinerseits, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

Landeshauptmann: Wenn niemand mehr zu Punkt 3 der Tagesordnung das Wort wünscht, ist die Debatte geschlossen.

Hat der Herr Berichterstatter zu diesem Punkte noch etwas zu bemerken? -

Dr. Drexel: Nein.

Landeshauptmann: Wir können nun zunächst zur Abstimmung über den Antrag schreiten, welcher vom volkswirtschaftlichen Ausschuß bezüglich des Wanderunterrichts der Stickereifachschule gestellt wird und dann über den Antrag, den der Herr Abg. Loser gestellt hat.

Ich ersuche jene Herren, welche dem Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben. -

Angenommen.

Zu diesem Gegenstand hat der Herr Abg. Loser einen Separatantrag gestellt, welcher lautet:

(Liest den Antrag.)

Ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage ihre Zustimmung geben wollen, sich ebenfalls gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Wir kommen nun zum vierten Punkt der Tagesordnung, betreffend einen zweiten Gegenstand in Stickereiangelegenheiten, d. i. der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der Stickereigenossenschaft Lustenau um Gewährung eines Beitrages für den Fachunterricht. Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Dr. Drexel: Die Angelegenheit ist bekannt und beschäftigte das hohe Haus schon in früheren Jahren. Der Antrag ist gleichlautend wie im letzten Jahre.

(Liest Antrag aus Beilage 57.)

Ich empfehle dem hohen Hause den Antrag.

Landeshauptmann: Ich eröffne über den

Antrag und Bericht die Debatte. -

Wenn niemand das Wort wünscht, nehme ich der Kürze halber und um die Herren nicht immer zu bemühen, an, daß das hohe Haus dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses die Zustimmung gibt. -

Sie ist gegeben.

Der nächste Punkt in Stickereiangelegenheiten ist der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch des Verbandes der Sticker- und Ferggergenossenschaft um einen Beitrag für eine Stickereiausstellung und für Zwecke des Verbandes.

Der Herr Berichterstatter hat das Wort,

15. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

143

Dr. Drexel: Der Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses geht dahin, es möge für das Jahr 1907 dem Verbände der Sticker- und Ferggergenossenschaften der Betrag von 700 K bewilligt werden zum Zwecke der Veranstaltung und Durchführung einer Stickereiausstellung. Der Wert einer Ausstellung selbst ist wohl genügend geschildert worden durch den geehrten Herrn Redner in der Generaldebatte und in gleicher Weise rechtfertigt auch der Bericht die Haltung des Ausschusses sowohl dem einen Gesuche gegenüber wie dem andern, weshalb ich dem hohen Hause den Antrag wärmstens empfehle.

Landeshauptmann: Ich eröffne über den in Beilage 60 enthaltenen Bericht und Antrag die Debatte.

Es meldet sich niemand, somit schreite ich zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses die Zustimmung geben, gefälligst sitzen zu bleiben. Angenommen.

Wir kommen zum letzten Gegenstand in Stickereiangelegenheiten d. i. der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der Stadt Dornbirn um einen Beitrag zur Bestreitung der sachlichen Erfordernisse der k. k. Stickereifachschule. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Dr. Drexel: Der volkswirtschaftliche Ausschuß war der Meinung, daß die Stadtgemeinde Dornbirn eine Unterstützung verdiene, daß dabei die Übernahme der Hälfte der Ausgaben durch das Land den Verhältnissen entsprechend sei und stellt in diesem Sinne seine Anträge bezüglich 1906 und der anderen Jahre. Ich empfehle deshalb den Antrag des volkswirtschaftlichen

Ausschusses, der für das Jahr 1906 den Beitrag von 1200 K, für das Jahr 1907 einen solchen von 2100 K genehmigt.

Auf einzelne Gedanken, welche der sehr geehrte Herr Abg. Amann ausgeführt hat, glaube ich nicht eingehen zu -müssen mit Ausnahme eines einzigen, der gefallen ist, aber streng genommen nicht hierher gehört.

Es ist hingewiesen worden auf die Menge von Schülern in unseren Stickereifachschulen. Es handelt sich aber (leider muß ich es bemerken) und lauter Lehrlinge und nicht um Spezialschüler, und es ist sehr fraglich, ob die Haltung der Schule, lauter Lehrlinge aufzunehmen, für die Dauer von Vorteil

sein kann. Ich möchte das direkt verneinen und wünschen, daß wir einige Zeit gar keine Schule mehr zur Ausbildung von Lehrlingen hätten. Wir haben genügend Arbeitskräfte. Die Hauptsache ist, daß jene, welche schon sticken können, sich zu guten Stickern ausbilden, nicht aber immer noch mehr Arbeitskräfte herangebildet werden.

In den Schweizer Zeitungen klagt man direkt darüber, daß in Vorarlberg gegenwärtig mit ganz übertriebener Hast Maschinen aufgestellt werden und sie machen darauf aufmerksam, daß, wenn einmal eine schwere Krisis kommt, die Hoffnung, sich wieder zu erholen, viel geringer ist, und ich möchte bemerken, daß die Stickereischule - sie gehört nicht mehr in unsere Kompetenz herein - ihrer Aufgabe nur dann entspricht, wenn sie die bereits im Lande beschäftigten Kräfte zu Spezialkräften auszubilden sucht, und deswegen sollte man auch mit aller Kraft darauf hinarbeiten, dieses Ziel zu erreichen. Was z. B. gegenwärtig vorkommt, daß an einer Schifflimaschine gleichzeitig drei Lehrlinge sich ausbilden und diese drei, wenn sie aus der Stickereischule herauskommen, vergebliche Mühe haben, eine Maschine zu finden, wo sie arbeiten können, das ist schon ein Beweis, daß die jetzigen Zustände nicht den Intentionen entsprechen, welche man in diesen Schulen zu verkörpern gesucht hat. Deshalb will ich hier an dieser Stelle diese Angelegenheit bei der Subventionierung, die nicht direkt mit dem Schulbetrieb zusammenhängt, lediglich anbringen, damit sie auch von einer Seite an öffentlicher Stelle ausgesprochen wird.

Landeshauptmann: Ich eröffne über diesen letzten Gegenstand die Debatte.

Dressel: Als seinerzeit die Stickereischule in Dornbirn gegründet wurde, hat die Gemeinde Dornbirn es übernommen, für die sachlichen Erfordernisse aufzukommen. Es hat aber nicht lange gedauert, bis die Gemeinde an das Land herangetreten ist und gesagt hat, das Land habe ein größeres Interesse an der Schule als die Gemeinde Dornbirn;

es möge daher auch einen Beitrag zu den sachlichen Erfordernissen leisten. Das Land hat sich herbeigelassen, die Hälfte der jährlichen Erfordernisse von 1800 K zu decken im Betrage von 900 K. Im letzten Jahre hat diese Stickereischule bedeutende Erweiterungen erfahren und die Gemeinde Dornbirn verlangt nun, das Land solle

144

15. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

nicht bloß die Hälfte, sondern zwei Drittel der Gesamtkosten übernehmen. Darauf ist der volkswirtschaftliche Ausschuß allerdings nicht eingegangen, er will aber die Hälfte der mit 4200 K von der Gemeinde präliminierten Kosten der sachlichen Erfordernisse für die Zukunft übernehmen ohne Nachweis des tatsächliche> Erfordernisses.

Wir haben hier eine plötzliche Steigerung der präliminierten Ausgaben von 1800 K auf 4200 K. Es muß das schon eine sehr bedeutende Erweiterung der Schule gewesen sein. (Dr. Drexel: Gewiß) Ich kenne sie nicht. Das Erfordernis des Präliminare ist in runden Ziffern gegeben und, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, jedenfalls nicht zu niedrig, sondern vermutlich möglichst hoch, um auch einen möglichst hohen Beitrag vom Lande zu bekommen.

Es ist Usus, daß man von kleinen Gemeinden, falls sie Subventionen beanspruchen, verlangt, daß sie ihre G. suche entsprechend belegen. Wir haben nun auch dieses Jahr ein solches Subventionsgesuch einer kleinen Gemeinde erledigt und das Gesuch war auch nicht genau adjustiert. Der Herr Abg. Dr. Waibel hat darum gemeint, man solle zuerst die Gemeinde auffordern, nachzuweisen, was sie tatsächlich im gegebenen Falle zu zahlen habe, ehe man einen bestimmten Betrag votiere. Ich meine nun, es wäre nicht mehr als billig und recht, wenn auch die Stadtgemeinde Dornbirn wie die kleineren Gemeinden - im angezogenen Falle Stallehr - irgendwie jährlich Belege vorlegen würde für die wirklich erlaufenen Kosten, und ich wäre schon dafür gewesen, daß man im Antrage gesagt hätte "Die Hälfte der wirklich erlaufenen Kosten für die sachlichen Erfordernisse bis zum Höchstbetrage von 2100 K.

Antrag werde ich keinen stellen.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? -

Wenn niemand sich meldet, ist die Debatte geschlossen.

Hat der Herr Berichterstatter noch etwas zu bemerken? -

Dr. Drexel: Nein.

Landeshauptmann: Wir schreiten zur Abstimmung.
Ich ersuche jene Herren, welche dem

Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses zustimmen,
sich gefälligst zu erheben.

Angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand und die heutige
Tagesordnung überhaupt erledigt.

Ich habe den Herren noch mitzuteilen, daß
morgen um 9 Uhr vormittag der volkswirtschaftliche
Ausschuß hier im Saale zusammentreten wird zur
Fortsetzung der Besprechung und Beratung über
die verschiedenen Elektrizitätsanträge, wozu sämtliche
Herren Abgeordnete wiederum eingeladen sind,
an diesen Beratungen und Besprechungen teilzunehmen.

Gleichzeitig teilt mir der Obmann des
volkswirtschaftlichen Ausschusses mit, daß zu dieser
Besprechung morgen um 9 Uhr auch drei Fachmänner
und Sachverständige auf dem Gebiete der
Elektrotechnik eingeladen sind und auch an diesen
Verhandlungen teilnehmen werden.

Die nächste Sitzung beraume ich auf übermorgen,
Samstag den 16. März, um 11 Uhr vormittag
an mit nachstehender Tagesordnung, welche
ich mir vorbehalte, vielleicht noch durch den einen
oder anderen kleinen Gegenstand zu ergänzen, falls
Berichte einlaufen:

1 . Akt Gesetzentwürfe betreffend die Reform der
Landtags- und Gemeindewahlordnung und
betreffend Abänderung einiger Paragraphe
der Landes- und der Gemeinde-Ordnung.

2. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses
über das Gesuch der Vorderwälder Straßenkonkurrenz
in Sachen der Erwirkung von
Staats- und Landesbeiträgen zu den Mehrkosten
der Konkurrenzstraße Lingenau-bayrische
Grenze.

3. Bericht des Landesausschusses wegen einer
Vorstellung an die k. k. Regierung behufs
Erwirkung einer eigenen Landesregierung für
das Kronland Vorarlberg.

Zur Erläuterung dieser Tagesordnung gestatte
ich mir noch einige Bemerkungen zu machen. Was
den ersten Gegenstand der Tagesordnung anbelangt,
so werden den Herren Abgeordneten die gedruckten
Gesetzentwürfe übermorgen in Vorlage gebracht
werden und sind dieselben als Entwurf des Landesausschußreferenten
bezeichnet, welchen der Landesausschuß
hiemit in Vorlage bringt.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung erfordert auch eine kurze Bemerkung. Der Landesausschuß

15. Sitzung des Vorarlberger Landtages. IV. Session der 9. Periode 1906/7.

146

hat nämlich gestern eine kurze Sitzung abgehalten, bei welcher auch dieser dritte Gegenstand in Verhandlung kam. Es ist dies nämlich ein eingehender Bericht betreffend die Angelegenheit der Erwirkung einer eigenen Landesregierung für das Kronland Vorarlberg. Der Landesausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung die Zuweisung dieses Berichtes an den hohen Landtag beschlossen. Ich habe den Bericht in Druck legen lassen und er wird an die Herren vermutlich schon heute oder morgen verteilt werden.

Nachdem es keinen Zweck hat, diesen Gegenstand einem eigenen Ausschusse zuzuweisen, da ja

der Antrag des Landesausschusses selbst eine Beauftragung des Landesausschusses enthält, dahingehend, in dieser Angelegenheit weitere Schritte vorzunehmen, so beabsichtige ich, diesen Bericht, wenn er rechtzeitig gedruckt ist und die Herren noch früh genug Gelegenheit haben, Einblick zu nehmen, ohne Verweisung an einen Ausschuß in Verhandlung zu ziehen.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 24 Minuten)

Druck Don J. N. Teutsch, Bregenz.

Vorarlberger Landtag.

15. Sitzung

am 14. März 1907

unter dem Vorsitz des Herrn Landeshauptmanns **Adolf Rhomberg.**

Gegenwärtig 21 Abgeordnete. — Abwesend die Herren: Hochwft. Bischof Dr. Zobl und Abgeordneter Dr. Schneider.

Regierungsvertreter:

Herr k. k. Hofrat **Levin Graf Schaffgötsch.**

Beginn der Sitzung um 11 Uhr 10 Minuten vormittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und bitte um Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

(Landrat v. Raß verliest dasselbe.)

Hat einer der Herren gegen die Fassung des Protokolls eine Einwendung vorzubringen? —

Es ist nicht der Fall; deshalb betrachte ich dasselbe als genehmigt.

Wir gehen zur Tagesordnung über. Auf derselben steht als erster Punkt: Akt betreffend die Regulierung des Ems- und Neutebaches in Hohenems. Ich möchte mir erlauben, dazu einige Bemerkungen zu machen. Es hat dieser Akt das hohe Haus schon in der verfloffenen Session beschäftigt. Damals ist ein Antrag zum Beschluß erhoben worden, gemäß welchem der Landesauschuß beauftragt wurde, in Angelegenheit der Regulierung des Ems- und Neutebaches die notwendigen Er-

hebungen durch das Landesbauamt vornehmen zu lassen. Diese Erhebungen wurden tatsächlich im Laufe der letzten Zeit zu Ende geführt und es liegt ein Plan samt Kostenvoranschlag vor, welcher der Gemeinde zur Stellungnahme übermittelt wurde. Die Gemeinde Hohenems hat dann nach Kenntnisnahme und Prüfung des Kostenvoranschlages ein neuerliches Ansuchen an den Landesauschuß gerichtet, welches darin gipfelt, die erforderlichen Staats- und Landesbeiträge zu den Kosten dieser Emsbachregulierung, welche sich auf die enorme Summe von 370.000 Kronen, ohne Grundablösung, beziffern würde, zu erwirken. Es kann daher in diesem Falle nicht davon gesprochen werden, daß das Gesuch der Gemeinde Hohenems als verspätet, weil erst nach der gesetzlichen Frist von 8 Tagen, eingetroffen ist und nicht in Behandlung gezogen werden kann, sondern es könnte diese An-

gelegenheit den hohen Landtag ganz gut jetzt schon beschäftigen. Aber bei dem Stand der Dinge würde eine meritorische Behandlung dieser Angelegenheit in diesem hohen Landtag vorderhand keinen bestimmten Zweck haben und von keinem besonderen Erfolg begleitet sein, weil eben wichtige Schritte noch nicht getan sind, die gemacht werden müssen, um eine bestimmte Stellungnahme des hohen Landtages herbeizuführen. Es wird nämlich vorerst Sache des Landesauschusses sein, auf Grund des vorliegenden Planes und eines noch nicht verfaßten technischen Berichtes, der sich deshalb verzögert hat, weil er erst auf Grund des fertigen Planes, der lange Zeit bei der Gemeinde lag und erst jetzt zurückgekommen ist, ausgearbeitet werden kann, mit der Regierung Verhandlungen einzuleiten behufs etwaiger Erwirkung eines Staatsbeitrages. Erst wenn diese Verhandlungen gedeihlich zu Ende geführt sind, kann der hohe Landtag selbst zu der Frage wegen Bewilligung eines Landesbeitrages Stellung zu nehmen. Nach diesen Aufklärungen, die zu dieser Sache notwendig erschienen, glaube ich, daß vielleicht das hohe Haus damit einverstanden sein wird, wenn dieser Akt dem Landesauschuß mit dem Auftrage zugewiesen wird, die weiteren Vorkahrungen zu treffen, die nötig erscheinenden Verhandlungen mit den kompetenten Faktoren einzuleiten und auf Grund dieser Verhandlungen in einer späteren Session über diese Angelegenheit Bericht zu erstatten.

Es könnte dann von einer Verweisung an einen Ausschuß, der auch nur etwas Ähnliches beantragen könnte, Umgang genommen werden.

Wünscht jemand dazu das Wort? —

Es meldet sich niemand; somit nehme ich an, daß das hohe Haus zustimmt und diese Angelegenheit dem Landesauschuß überwiesen wird.

Wir kommen zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Bericht des Petitionsausschusses über das Gesuch des Ausschusses der Handelsschule in Lustenau um Subventionierung dieser Schule.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abg. Pfarrer Mayer. Ich erteile ihm das Wort.

Pfarrer Mayer: Hohes Haus! Der vorliegende Bericht befindet sich schon 4 Tage in den Händen der Herrn Abgeordneten und ich darf darum

von einer Verlesung desselben Umgang nehmen. Ich möchte aber ergänzend zu Absatz 6 des Berichtes bemerken, daß die Gesamtausgaben für die nächsten Jahre für diese Schule mit 16.703 Kronen präliminiert sind. Der Antrag des Petitionsausschusses lautet:

(Liest den Antrag aus Beilage 55.)

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Landeshauptmann: Ich eröffne über Bericht und Antrag die Debatte.

Der Herr Abg. Dr. Waibel hat das Wort.

Dr. Waibel: Ich werde dem Antrag zustimmen, weil ich alle Achtung habe vor der Gemeinde Lustenau, welche sich zu einer solchen Schule erschungen hat. Ich kann aber diesen Anlaß nicht vorüber gehen lassen, ohne an eine Verhandlung zu erinnern, die der hohe Landtag im Jahr 1895 gepflogen hat. Damals lag ein Ansuchen der Stadt Bregenz um Subventionierung für eine Handelsschule vor. Ich habe damals die Ehre gehabt, im Namen der Minorität einen Antrag zu vertreten und ich sehe mich nun veranlaßt, heute wieder davon zu sprechen. Man hat es dazumal in hohen Kreisen für sehr richtig empfunden, daß es im höchsten Grade wünschenswert und notwendig wäre, in Borsarlberg eine Handelsschule zu errichten. Bis heute ist noch keine im Lande. Es ist nun interessant zu sehen, mit welcher Motivierung damals die Majorität diesen Antrag abgelehnt hat. Sie hat sich bei der Sache in jenem Berichte folgendermaßen ausgesprochen:

„Es wäre nun wohl wünschenswert, daß durch ausreichende Subvention seitens der Regierung die Errichtung und Erhaltung einer wo möglich kompletten Handelsschule samt kaufmännischer Fortbildungsschule in der Landeshauptstadt ermöglicht würde. Das Land Borsarlberg besitzt eine reiche Industrie und eine ziemliche Zahl größerer Handelsleute, so daß mancher strebsame Sohn des Landes hinreichend Gelegenheit hätte, eine ordentliche Lebensstellung zu finden, wenn er sich die notwendigen Kenntnisse im Handels- bzw. Gewerbetreiben hätte erwerben können, während gegenwärtig viele derartige bessere Stellen durch qualifizierte Ausländer besetzt werden müssen.“

Man sollte glauben, nach dieser Motivierung hätte die Majorität beschlossen, der Stadt Bregenz eine Subvention zu gewähren, um eine derartige

Schule ins Leben zu rufen. Man hat es aber nicht getan, sondern den Antrag gestellt:

(Liest den Antrag aus Beilage XLII der stenographischen Sitzungsberichte der V. Landtagsession der VII. Periode, welcher lautet:)

„Auf das Gesuch des Stadtrates Bregenz um Subventionierung einer in Bregenz zu errichtenden Handels- samt kaufmännischer Fortbildungsschule kam dermalen nicht eingegangen werden.“

Ich hatte die Ehre, als Vertreter der Minorität damals folgenden Antrag dem h. Hause vorzulegen: (Liest den Antrag aus obenangeführter Beilage.)

„Der Landesauschuß wird beauftragt, zum Zwecke der Errichtung einer 3klassigen Handelsschule für das Land Vorarlberg, mit dem Sitze in der Landeshauptstadt Bregenz, im Einvernehmen mit dem Stadtrate von Bregenz, sowie der vorarlbergischen Handels- und Gewerbekammer mit der k. k. Unterrichtsverwaltung in Verhandlung zu treten und dem Landtage in der nächsten Session die geeigneten Vorschläge bezüglich der Beteiligung des Landes Vorarlberg an der Errichtung und Erhaltung einer solchen Unterrichtsanstalt zu unterbreiten.“

Man sollte glauben, daß der Antrag, den ich soeben verlesen habe den Motiven entspreche, welche die Majorität dazumal im Berichte ausgesprochen hat. Es war aber das Gegenteil der Fall. Der Antrag der Minorität wurde abgelehnt.

Es ist freilich traurig, daß seit diesem Zeitpunkt diese Angelegenheit im hohen Hause nie mehr zur Sprache gebracht worden ist, weil die Stadt Bregenz sich nicht entschließen konnte, die Sache weiter zu verfolgen und sich auch der Landesauschuß nicht berufen gefühlt hat, sich der Sache weiter anzunehmen.

Das Land Vorarlberg ist ein Gewerbeland. Solche Unterrichtsanstalten, wie Handels- und Realschulen sind ein dringendes Bedürfnis für das Land und es hat ungeheuer lange Zeit und Anstrengung gebraucht, bis es endlich dazu gekommen ist, in Vorarlberg eine Realschule zu stande zu bringen. Der opferwilligen Ausdauer der Gemeinde Dornbirn ist es zu verdanken, daß dieses Institut endlich in voller Gänge ins Leben gerufen wurde.

Die Stadt Bregenz wäre wohl entschieden berufen gewesen, diesem Beispiel nachzuahmen. Ich habe bei Vertretung des Minoritätsantrages auf das wärmste die Stadt Bregenz ermuntert, diesem Beispiele

zu folgen und sich durch diesen vorübergehenden Mißerfolg nicht abschrecken zu lassen. Leider ist diese Mahnung nicht berücksichtigt worden. Bregenz hat es unterlassen. Wenn es eine Handelsschule angestrebt hätte, so würde sich das Land und der Staat nach und nach soweit um die Sache angenommen haben, daß eine solche Schule entstanden wäre. Aber leider ist das unterblieben und ich bin überzeugt, und ich glaube, alle sind es, man würde es der Stadt Bregenz ermöglicht haben, diese Schule in sich aufzunehmen, die ihr gebührt hätte.

Es ist auffallend, daß gerade dieses Bedürfnis des Landes um eine solche Schule so wenig Berücksichtigung gefunden hat.

Es hat sich, leider muß ich daran erinnern, vor einigen Jahren hier ein Vorkommnis abgespielt, welches auch eine Schule betrifft, die vom gewerblichen Standpunkt aus betrachtet, ebenfalls von Bedeutung ist, das ist nämlich die Bürgerschule.

Die Bürgerschulen wären ganz gewiß für die gewerbliche Entwicklung von Vorarlberg eine außerordentlich gute und wichtige Institution und alles wäre berufen, dieselben zu unterstützen und zu beleben.

Hier in diesem Hause hat man leider vor einigen Jahren, als es sich um eine Gesetzgebung für Volksschulen handelte, außer Acht gelassen, daß auch die Bürgerschulen, Volksschulen sind und wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Man hat ihnen den 25 %igen Beitrag, den man sonst für Volksschulen vom Lande erhält, nicht gegönnt.

Ich will nun schließen. Ich habe nur meinem Herzen Erleichterung verschaffen müssen; es war mir ein Bedürfnis, daran zu erinnern. Ich kann nur bedauern, daß man damals im Jahre 1895 die Sache nicht weiter verfolgt hat und von Seite des Landes, des Landesauschusses und der Stadt Bregenz die Angelegenheit auf sich hat ruhen lassen.

Daller: Hohes Haus! Ich bin dafür, daß dem Antrag des Petitionsauschusses zugestimmt wird, daß nämlich der Gemeinde Lustenau ein Beitrag von 5000 K aus Landesmitteln bewilligt wird, weil auch Schüler aus anderen Gemeinden Vorarlbergs außer Lustenau diese Schule besuchen, und so auch Gewerbetreibende anderer Gemeinden aus der kaufmännischen Schule großen Nutzen ziehen. Ich bin auch ferner aus dem Grunde dafür, weil sichere Aussicht besteht, daß die Lehrergehälter an den beiden im Lande bestehenden

Bürgerschulen von Bregenz und Bludenz in günstigen Sinne werden geregelt werden.

Als Handwerker habe ich noch ein anderes Bedürfnis heute bekannt zu geben. Vor zirka 15 Jahren hat der Gewerbeoffenchaftsverband in Vorarlberg ein Gesuch an das hohe Unterrichtsministerium gerichtet um Errichtung einer gewerblichen Fachschule in Vorarlberg. Gleichzeitig hat der Gewerbeoffenchaftsverband an den hohen Landesauschuß von Vorarlberg ein Gesuch um Befürwortung des ersten Gesuches gerichtet, was auch geschehen ist. Durch Jahre lange Verhandlungen von Seite der Städte und der Unterrichtsverwaltung sollte dann eine Bau- und Kunsthandwerkerschule im großen Stile in irgend einer Stadt errichtet werden, welche aber jener Stadtgemeinde, in der diese Schule untergebracht werden sollte, so große Kosten verursachte, daß es beim besten Willen unmöglich war, diese Schule in Vorarlberg zu plazieren.

Es hat aber dann die Unterrichtsverwaltung andere Vorschläge gemacht und sich bereit erklärt, in Vorarlberg an Stelle der gewünschten Bau und Kunsthandwerkerschule einen offenen Zeichensaal, verbunden mit Wanderunterricht zu eröffnen, welcher mit einer entsprechenden Zahl von Professoren besetzt werden sollte. Die Stadtgemeinde, welche diese Schule aufzunehmen gedenkt, muß ebenfalls das Gebäude, Beheizung und Beleuchtung unentgeltlich beizustellen sich verpflichten. Es haben dann drei der Städte sich bereit erklärt, das zu tun, nämlich Bregenz, Dornbirn und Feldkirch. Obwohl uns die in Aussicht gestellte Schule nur zum Teile befriedigte, glaubte man doch in den Kreisen der Handwerker und der maßgebenden Körperschaften des Landes, die Schule als eine Abschlagszahlung annehmen zu sollen, um sie im Falle des Bedürfnisses zu erweitern. Daß die Schule für Vorarlberg ein Bedürfnis ist, ist schon wiederholt an dieser Stelle bewiesen worden. Wer aber glaubt, daß diese Schulangelegenheit gesichert sei, hat sich gründlich getäuscht. Es ist jetzt bald ein Jahr vorüber, seitdem die letzten Verhandlungen in dieser Angelegenheit geführt wurden und wir stehen heute noch am gleichen Fleck. Wir haben heute noch keine solche Schule.

Wir ersuchen daher, daß von kompetenter Stelle des Landes diese dringende Forderung der Handwerker weiter betrieben werde, damit, wenn schon

nicht die geplante Bau- und Kunsthandwerkerschule erreicht wird, so doch der in Aussicht stehende offene Zeichensaal, verbunden mit Wanderunterricht, bald erstellt werden möge.

Öz: Der Herr Dr. Waibel hat die Landtagsverhandlungen von 1895 berührt. Ich hatte damals nicht die Ehre, dem hohen Hause anzugehören. Aber ich erinnere mit democh ganz lebhaft an die damaligen Verhandlungen im Landtage über diese Frage. Die Stadt Bregenz hatte beim Landtage um eine Subvention aus Landesmitteln für eine in Bregenz geplante Handelschule angesucht. Nun ist es eigentümlich, daß der Stadt Bregenz mit diesem Gesuche eigentlich gar nicht Ernst war. Der Herr Dr. Waibel hat diese Verhandlungen, wie es scheint, nicht genau nachgelesen.

(Dr. Waibel: O ja!)

Der Herr Abg. Dr. Schmid war damals weder mit dem einen noch mit dem andern Antrag einverstanden,

(Dr. Waibel: Ganz richtig!)

weder mit dem Antrag der Majorität noch mit dem der Minorität.

(Abg. Loser: Hört!)

Und Herr Dr. Waibel hat dem Herrn Dr. Schmid gegenüber damals bemerkt, die Stadt Bregenz sollte nicht so hochmütig sein und eine Mittelschule anstreben, sondern wenigstens das fördern, was möglich wäre.

Ich habe hier das bezügliche stenographische Sitzungsprotokoll aufgeschlagen. Die Stadt Bregenz hat sich damals allerdings auf die Veranlassung des k. k. Landes Schulrates hin um eine Handelschule gekümmert, aber im Hintergrunde lag ihr, wie Herr Dr. Schmid bei jener Verhandlung selbst ausgeführt hat, eigentlich die Errichtung einer Mittelschule in Bregenz. Dieser Plan ist in Bregenz immer vorhanden gewesen und um ihn haben sich die Wünsche gedreht. Man wollte, nachdem die Lehrerbildungsanstalt weggekommen war, wieder eine andere höhere Schule bekommen. Ich kann Ihnen sagen, daß ich damals unentwegt in allen Kreisen dafür eingetreten bin, daß Bregenz eine Handelschule bekomme, ja ich habe gesagt, Bregenz muß, sogar wenn immer möglich, eine Handelsakademie anstreben und erhalten, erst dann ist in Vorarlberg für alles gesorgt. Wir hätten dann in Feldkirch ein Gymnasium, in Dornbirn

eine Realschule und in Bregenz eine Handelsakademie.

(Dr. Peer: So wäre es richtig gewesen.)

Die Idee ist aber nicht durchzuführen gewesen. Ich erinnere mich noch ganz gut, daß man in städtischen Kreisen gesagt hat, ja beim Ministerium finden wir keine Unterstützung, wir können höchstens eine zweiklassige Handelsschule errichten und mit ihr ist uns nicht geholfen. Ich will gegen niemand Vorwürfe erheben; aber wie es im Leben oft zu geben pflegt, man war nicht weitfichtig genug. Denn, wenn man zunächst mit dem Erreichbaren zufrieden gewesen wäre und daran gedacht hätte, allmählich weiterzugehen und dahin zu arbeiten, daß wir schließlich eine Handelsakademie bekommen, so wäre die Sache gut gewesen und die Frage im Interesse des Landes und der Stadt gelöst. Aber das hat man damals nicht eingesehen, sondern hat nach einer Mittelschule gestrebt. Als eine Handelsakademie unmöglich war, hat man in Bregenz die Gymnasiumsfrage aufgerollt und diesen Plan jetzt auch durchgeführt.

Herr Dr. Waibel hat gesagt, wenn der Landesausschuß oder die hohe Landesvertretung damals eine Subventionierung der geplanten Handelsschule vorgenommen hätte, so wäre wahrscheinlich eine Handelsschule in Bregenz errichtet worden.

Hierin ist aber der Herr Dr. Waibel ganz im Irrtum. Das geht aus dem hervor, was ich früher gesagt habe; Herr Dr. Schmid war mit einer Subvention selbst nicht einverstanden. Er hat erklärt, das will ich auch nicht, wofür der Herr Dr. Waibel, der Berichterstatter der Minorität, eintritt. Also wenn etwa in den Ausführungen des Herrn Dr. Waibel ein Vorwurf gegen den Landesausschuß oder die hohe Landesvertretung von damals liegen sollte, so muß ich hier feststellen, daß er ungerechtfertigt vorgebracht wurde. Die Sache lag eben so, daß die Bregenzer selbst eigentlich keine zweiklassige Handelsschule wollten, sondern, wie der Dr. Waibel ausgeführt hat, damals zu hochmütig dazu waren. Nun hat der Herr Dr. Waibel auch an einen Fall erinnert, welcher bei der früher vorgenommenen Regelung der Lehrergehälter und Einreihung der Schulen vorgekommen ist. Er sagte, man habe damals die Tatsache nicht berücksichtigt, daß die Bürgerschulen auch Volksschulen seien. Ich gestehe es unumwunden zu, man hat die Bürgerschulen bezüglich der 25^{igen}

Landesbeiträge zu den Lehrergehältern nicht wie die Volksschulen behandelt, man dachte sich, es seien eine Art Privatschulen und wenn eine Gemeinde eine solche Schule gerne haben will, so solle sie dieselbe auch erhalten.

Nun stehe ich heute auch auf einem etwas anderen Standpunkt, ich würde heute dafür einstehe, daß man die Bürgerschulen wie die Volksschulen behandelt, wenn eine neue Lehrergehälterregelung vorgenommen wird und daß man den Gemeinden, die eine Bürgerschule besitzen, auch von den durch dieselbe erlaufenden Schulauslagen 25^o vonseite des Landes gibt, wie es bisher bezüglich der Volksschulen gewesen ist.

Aber ich bitte Sie, bei den Verhandlungen im Landtage anno 1899 hat man schon das letztere nur mit großen Schwierigkeiten erreicht. Man stand damals nicht auf dem Standpunkte: „hinan!, hinauf, hinauf“, sondern gieng sehr langsam schrittweise vorwärts, immer gegen große Gegenströmungen ankämpfend. Ich erkläre nochmals unumwunden, daß ich, wenn wir hier eine Lehrergehälterregelung wieder vornehmen — und das wird in absehbarer Zeit geschehen müssen — dafür einreten werde, daß man den beiden Städten im Lande, die dormalen eine Bürgerschule besitzen, in dieser Richtung entgegen kommt.

(Dr. v. Freu: Bravo!)

Wenn nun auch in den diesbezüglichen Ausführungen des Herrn Dr. Waibel ein Vorwurf gegen die damalige Landesvertretung liegen sollte in dem Sinne, daß durch ihr Vorgehen etwas Nachteiliges entstanden sei, was nicht geschehen wäre, wenn man die Bürgerschulen unter die mit Landesbeiträgen zu beteilenden Schulen einbezogen hätte, so müßte ich mich dagegen verwahren; denn die Bürgerschulen in den Städten Bregenz und Bludenz haben bestanden, ehebevor der oben angezogene Landesbeitrag geflossen ist. Zum Schaden gereichte es allerdings nur den Kassen der beiden Stadtgemeinden. Aber die Schulen selbst als solche haben fortbestanden, ohne daß ihre Einbeziehung in die damaligen Schulgesetze stattgefunden hat.

Bösch: Die Gemeinde Lustenau hat für die Errichtung und Erhaltung der dortigen Handelsschule gewiß bleibend große Opfer zu bringen. Da nun aber diese Schule nicht nur für die Gemeinde Lustenau errichtet ist, sondern weil Söhne des

ganzen Landes dieselbe besuchen können und ihren Nutzen daraus ziehen, so finde ich den Antrag des Petitionsausschusses ganz gerechtfertigt. Ich hätte es zwar lieber gesehen, daß der Gemeinde Lustenau eine mehrjährige und ausgiebige Subvention zugestanden worden wäre, weil ja auch, wie gesagt, die Opfer sehr große sind und die Steuerträger jedenfalls schwer belasten. Nachdem aber die Sache so liegt, daß auch andere höhere, als Volksschulen, bis dato vom Lande nicht subventioniert worden sind, so muß ich mich doch mit der beantragten Subvention zufrieden stellen, hoffe aber, wenn die Handelsschule einen guten Fortgang nimmt und zur Zufriedenheit der Bevölkerung des Landes vorwärts schreitet, daß sie auch später wieder einmal etwas bekommen wird, und in dieser Hoffnung bitte ich das hohe Haus um die Annahme des Antrages.

Dr. v. Pren: Ich möchte nur auf etwas aufmerksam machen, was der Herr Abg. Dz gesagt hat bezüglich der Subventionierung beziehungsweise der Aufbesserung der Lehrergehalte seitens des Landes in der Richtung, daß auch die Bürgerschulen von Bregenz und Bludenz den 25 %igen Zuschlag vom Lande bekommen.

Ich will einem Gegenstand nicht vorgreifen, der ja ohnehin zur Sprache kommen wird, nachdem er eingangs dieser Session auf das Programm gesetzt war. Es ist dies die Frage der Lehrgehaltsaufbesserung im Lande. Ich glaube dasjenige, was ich jetzt berührt habe, auf den Zeitpunkt aufbewahren zu sollen, wo diese Frage in Verhandlung kommen wird, d. h. wenn es sich um die Lehrgehaltssubventionierung handeln wird. Ich betone das, damit die Herren sich die Sache in wohlwollende Überlegung ziehen und sich vorbereiten wollen, weil in jedem Falle in jenem Momente auch hier heute in Behandlung stehende Gegenstand zur Sprache kommen wird in dem Sinne, wie auch der Herr Abg. Dz gesagt hat. Ich möchte also bitten, darauf später das Augenmerk gerichtet zu halten.

Landeshauptmann: Wenn niemand mehr das Wort wünscht, so ist die Debatte geschlossen. Hat der Herr Berichterstatter etwas beizufügen? —

(Pfarrer Mayer: Nein.)

Wir schreiten zur Abstimmung, ich ersuche jene Herren, welche dem Antrag des Petitionsausschusses zustimmen, sich gefälligst zu erheben. —

Angenommen.

Dieser Gegenstand ist hiemit erledigt.

Es kommen nun vier Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses. Ich möchte sie alle, so verschiedenartige Thematika sie speziell berühren, doch, weil sie alle sich mit Stickerangelegenheiten befassen, unter einem zur Verhandlung bringen. Der erste Bericht behandelt die Zuschrift der k. k. Statthalterei betreffend die Unterstützung des Wanderunterrichtes der k. k. Stickereifachschule in Dornbirn. Dann folgt der Bericht über das Gesuch der Stickereigenossenschaft Lustenau um Gewährung eines Beitrages für den Fachunterricht. Hierauf der Bericht über das Gesuch des Verbandes der Sticker- und Ferggergenossenschaft um einen Beitrag für eine Stickereiausstellung und für Zwecke des Verbandes, und endlich der Bericht über das Gesuch der Stadt Dornbirn um einen Beitrag zur Bestreitung der sachlichen Erfordernisse der k. k. Stickereifachschule.

Die Berichte sind erst gestern abends oder heute früh in die Hände der Herren Abgeordneten gelangt und es wird sich vielleicht empfehlen, den einen oder den andern, oder auch alle zur Verlesung zu bringen. Ich gedenke, den Herren Abgeordneten die Möglichkeit zu bereiten, sich an einer allgemeinen Besprechung über diese vier Gegenstände beteiligen zu können. Es muß übrigens dem Herrn Berichterstatter, der alle vier Berichte zu vertreten hat, überlassen bleiben, ob er zunächst den einen oder den anderen Bericht zur Verlesung bringt und nach jedem eine Pause eintreten läßt, oder ob er eine allgemeine Besprechung einzuleiten gedenkt. Ich möchte diese Anregung im Interesse der Kürze und Übersicht der Verhandlungen gemacht haben, nachdem eine allgemeine Besprechung über alle vier Berichte ganz gut angebracht wäre. Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter Abg. Dr. Drexel.

Dr. Drexel: Als Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses habe ich die Ehre, dem hohen Hause vier Anträge samt den Berichten betreffend die Unterstützung der Stickerei in Vorarlberg vorzulegen. Wenn man nun nach der Intention und Anregung des sehr geehrten Herrn Vorsitzenden zunächst eine Generaldebatte eröffnen will, so wird man zuerst alle vier Berichte samt den Anträgen vorlesen oder aber die Generaldebatte ohne

weiteres eröffnen und erst nachher Berichte und Anträge getrennt vorlegen müssen.

Landeshauptmann: Man könnte die Sache etwa so machen, daß der Herr Berichterstatter zunächst Titel und Anträge der Berichte verliest, hierauf könnte man eine allgemeine Besprechung über alle vier Anträge vornehmen und dann erst eine Art Spezialberatung eintreten lassen, wobei der Herr Berichterstatter jeden einzelnen Bericht vorliest und etwa einzelne erläuternde Bemerkungen dazu gibt. Also die Herren werden damit einverstanden sein. Wenn keine Einwendung erhoben wird, kann in dieser Weise vorgegangen werden.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zunächst die vier Titel und Anträge der Berichte zu verlesen.

Dr. Drexel: (Verliest Titel und Anträge der vier Berichte aus den Beilagen 59, 57, 60 und 58.)

Landeshauptmann: Nach dieser Verlesung der Titel und Anträge eröffne ich die allgemeine Besprechung. In derselben hat sich der Herr Abg. Amann zum Worte gemeldet; ich erteile ihm daselbe.

Amann: Hohes Haus! Wenn ich zu diesen Anträgen des volkswirtschaftlichen Ausschusses Stellung nehme, so geschieht es nur, um sie wärmstens zu befürworten.

In erster Linie findet sich ein Gesuch der Gemeinde Dornbirn vor, das die Subventionierung der Stickeriefachschule bezweckt.

Einerseits soll nach dem bezüglichen Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses der letztjährig bewilligte Betrag von 900 K nachträglich um 300 K erhöht, andererseits sollen je 2100 K für die Jahre 1907 und 1908 gewährt werden. Ich kann den beiden Anträgen nur voll und ganz zustimmen. Ersterem stimme ich deshalb bei, da die bedeutende Erweiterung der Fachschule eine Erhöhung des Pachtzinses zur Folge hatte, daher eine, wenn auch nachträgliche Mehrforderung seitens der Gemeinde Dornbirn gerechtfertigt erscheint. Für den zweiten Teil des Antrages möchte ich mich deshalb einsetzen und um die Zustimmung des hohen Hauses bitten, da es eine längst bekannte und in diesem Hause schon öfters konstatierte Tatsache ist, daß die Fachschule für das Land beziehungsweise für seinen bedeutendsten Industriezweig, die Stickerei, von eminenter Wichtigkeit ist.

Die von Jahr zu Jahr sich mehrenden Gesuche aus allen Teilen des Landes um Aufnahme in dieselbe sind der glänzendste Beweis für die Bedeutung unserer Fachschule. Wenn auch der Antrag des Herrn Referenten, respektive des volkswirtschaftlichen Ausschusses, nicht die gewünschten $\frac{2}{3}$ des Pachtzinses für die Jahre 1907 und 1908 gewährt, so wird doch sicher mit der Botterung der Hälfte des Pachtzinses das rege Interesse des Landtages für die Sache ausgedrückt.

Ferners enthält ein uns vorliegender Antrag die Bewilligung von 4000 K für den Wanderunterricht auf Grund einer Note der hohen k. k. Statthalterei. Halten wir uns vor Augen, was die hohe Regierung pro 1906 für die Stickerei geleistet, so sehen wir, welches hervorragende Interesse dieselbe seit Jahren dieser unserer heimatischen Industriebranche entgegenbringt. Die Ausgaben der Regierung für den genannten Zweck bezifferten sich im letzten Jahre:

An Neuanschaffungen in der Fachschule für 4 Handmaschinen	K 5800.—
für eine Schifflimaschine	„ 6000.—
für einen Motor	„ 600.—
Total	K 12.400.—

Dazu kommen dann noch die weiteren großen Ausgaben für den Wanderunterricht.

Das pro 1907 präliminierte Budget für die Vorarlberger Stickerei beträgt K 22,560. Außerdem wird uns versichert, daß die Regierung nicht abgeneigt ist, für das Jahr 1907 eine weitere Schifflimaschine in der Fachschule anzuschaffen. Dieses Wohlwollen der Regierung verdient wohl, daß auch wir der Sache volles Verständnis entgegenbringen.

Die Wichtigkeit des Wanderunterrichtes klarzulegen, kann ich mir ersparen, da dies von mir und von anderer Seite schon mehr als einmal geschehen ist. Wollte man einen geringeren Betrag als 4000 K für genügend finden, indem man darauf hinweist, daß letztes Jahr von den bewilligten 4000 K nur 2630 K verwendet wurden, so möchte ich darauf erwidern, daß dieses Ersparnis nur dadurch möglich war, daß nicht beide Wanderlehrer das ganze Jahr in Tätigkeit waren. Wanderlehrer Bickel trat nämlich am 30. April l. J. wegen Verwendung

in der Fachschule von seinem Berufe als Wanderlehrer zurück und es wurde dessen Stelle als Wanderlehrer nicht besetzt; ein Ausnahmestand also, der den verminderten Ausgaben zu Grunde liegt. Deshalb bitte ich auch um die Zustimmung zum Antrage betreffend Subventionierung des Wanderunterrichtes.

In weiterer Linie beschäftigt uns ein Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses betreffend ein Gesuch der Sticker- und Ferggergenossenschaft. Dieses Gesuch enthält zwei Bitten. Einerseits ersucht die Genossenschaft um einen Beitrag zu den gewöhnlichen Vereinszwecken, andererseits um Subventionierung der diesen Sommer in Hohenems stattfindenden Landesstickereiausstellung.

Was den ersten Teil betrifft, so stellt sich der volkswirtschaftliche Ausschuss auf einen ablehnenden Standpunkt. Ich vermag für diesmal auch keinen anderen Standpunkt einzunehmen.

Um meine Haltung zu begründen, möchte ich vor allem darauf hinweisen, daß die Mitglieder der bittstellenden Genossenschaft, um Subventionen für ihre gewöhnlichen Vereinszwecke von uns zu erhalten, zuerst selbst ein bisschen opferwilliger für ihre Interessen sein sollten.

Der jährliche Beitrag der Mitglieder beträgt, wie vielleicht manchen bekannt sein dürfte, nur 20 h. Bei den dormalen äußerst günstigen Verdiensthältnissen wäre denn doch eine Erhöhung des Beitrages wenigstens für die Zeit der günstigen Situation angezeigt. Schon eine minimale Steigerung des jährlichen Beitrages würde die paar 100 K aufbringen.

Weiters sei angedeutet, daß die Betreffnisse, welche die einzelnen Fachvereine von der Genossenschaft aus der Summe der bisher vom Lande bewilligten 4000 K — die Genossenschaft verwendet nämlich die Landesubvention hauptsächlich für die Unterstützung der Fachvereine — erhalten, selbstredend sehr klein sind und sein können. Gerade deshalb einerseits und andererseits, weil die Fergger und Fabrikanten am Blühen der Fachvereine das größte Interesse haben, entschlossen sich z. B. in Hohenems die Fabrikanten und Fergger, die dortigen beiden Fachvereine materiell zu unterstützen und brachten pro 1906 405 K für diesen Zweck auf. Ich glaube, dieses Beispiel könnte auch für andere Gemeinden und Bezirke anregend sein. Den Fachvereinen wäre damit viel besser geholfen, als dies

durch die Subvention der Genossenschaft ermöglicht wird, wenn auch selbstverständlich die Fachvereine bisher die kleinen Beträge der Genossenschaft dankbarst angenommen haben.

Was mich aber gerade heuer besonders gegen die Gewährung der 400 K im genannten Sinne veranlaßt, ist die Anschauung, man sollte heuer dieses Geld zu einem noch viel wichtigeren Zwecke verwenden — freilich ebenfalls wieder zum eminenten Vorteile der Sticker — nämlich zu einer Stickereiausstellung. Es ist heuer eine Stickereiausstellung des Landes geplant und zwar in Hohenems. Es ist das die erste Ausstellung dieser Art bei uns, obwohl seit Jahrzehnten gerade die Stickerei von bedeutendem Einflusse auf die kulturelle Entwicklung unseres schönen Vorarlbergs geworden ist.

Gewiß auch sie, meine Herren, verkennen den Wert einer Ausstellung nicht. Eine Ausstellung repräsentiert einen edlen Wettstreit der besseren Leistungen und ist somit ein reger Ansporn zu einer kräftigen Entfaltung der Arbeitsfähigkeit, des wirtschaftlichen Könnens, des Arbeitsfleißes derjenigen, welche sich mit diesem Industriezweige beschäftigen. Eine Ausstellung ist ein Appell an die große Öffentlichkeit, besonders an die interessierten Kaufkreise der Welt, die Resultate des wirtschaftlichen Schaffens zu besichtigen und dann das ausstellende Land immer mehr in den mächtigen Konkurrenzkampf des Wirtschaftslebens eintreten zu lassen. Gilt dies von den großen Weltausstellungen, so gilt es nicht minder von den kleinen Landesausstellungen.

Darüber ist man sich wohl allseits klar. Daß gerade unsere heimische Stickerei einmal in der Form einer glänzenden Ausstellung der Welt sich zeigen soll, wird jedem verständlich erscheinen, der den Stickereimarkt kennt, besonders das Renommee unserer Stickerei beim konsumierenden Publikum.

Es ist ebenso betäubend als wahr, daß der Ruf unserer heimischen Stickerei auf dem Marke noch lange nicht jene Rolle spielt, die ihr gebührt. Kommt man nach Wien oder in andere große Städte, so findet man dort immer wieder und wieder in den großen Geschäften Reklame gemacht für Schweizerstickereien als gesuchte Artikel. Unter dieser Marke wird heute fast überall der Handel in Stickereiwaren abgeschlossen. Das ist umso sonderbarer, da Schweizerware, fertiggestellt und über die Grenze nach Osterreich gebracht, pro 100 Kilo 480 K Zoll zahlt; Ware österreichischer Provenienz, die nur im Rohstoffe aus

dem Auslande bezogen wird, zahlt mit Zollbegünstigung nur 85 K Zoll pro 100 Kilo.

Und doch soll unsere Vorarlberger Ware so im Hintergrunde stehen! Das darf in der Zukunft nicht so bleiben. Nicht etwa schlechtere Arbeit oder mindere Ware ist Ursache dieser traurigen Erscheinung, sondern der Umstand, daß unsere Ware als Vorarlberger Ware noch zu wenig bekannt, überhaupt noch zu wenig unter eigener Etikette angetreten ist.

Die großen Erfolge, die unsere Stickerei auf der Londoner Gewerbeausstellung erzielt hat, sind ein Beweis dafür, daß unsere Ware den großen Weltmarkt nicht fürchten muß, sondern daß wir vielmehr ruhig in den allgemeinen Konkurrenzkampf eintreten können.

So möchte ich denn das Unternehmen einer Ausstellung unserer Stickerei mit aller Kraft unterstützt sehen, gerade von Seiten dieses Hauses. Daher freue ich mich, daß der uns vorliegende Antrag auf Subventionierung der Ausstellung mit 700 K lautet.

Endlich stimme ich auch für die Subvention des Wanderlehrers in Lustenau. Der Betrag behält die Höhe des Vorjahres.

Die allgemeinen Ausführungen von heute und im letzten Jahre sowie die Bedeutung der Stickerei überhaupt begründen meine Zustimmung.

Und so bitte ich das hohe Haus, durch Botierung der vorliegenden Anträge seine Opferwilligkeit für unsere Stickerei zu bekunden, damit dieselbe, die in unserem Lande schon so manchen Wohlstand begründet hat, immer mehr gedeihe und blühe.

Landeshauptmann: Wer wünscht noch weiter das Wort in der allgemeinen Besprechung? Wenn sich niemand mehr meldet, so erteile ich das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Dr. Drexel: In der Generaldebatte habe ich weiters nichts mehr zu bemerken und bin der Meinung, daß es angezeigt ist, nun die einzelnen Punkte zu verhandeln.

Der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses betreffend den Landesbeitrag für den Wanderunterricht der k. k. Stickereifachschule in Dornbirn führt aus, daß wir letztes Jahr zum erstenmal eine neue Stellung einnahmen und 4000 K fest bezahlten, ohne nachher uns eine Rechnungslegung geben zu lassen. Der Bericht betont auch, daß im Jahre 1906 der Wanderunterricht sehr schwach war im Ver-

hältnis zu den früheren Jahren. Wir haben jetzt freilich nicht mehr Gelegenheit, das hier direkt der kompetenten Stelle zu sagen, weil der Wanderunterricht nun unmittelbar der Unterrichtsverwaltung untersteht und der Fachschulausschuß keine Verantwortung mehr dafür hat; ich glaube aber doch als Berichterstatter, dem Vertreter der k. k. Regierung empfehlen zu dürfen, mit allen Mitteln auf den Ausbau des Wanderunterrichtes hinzuwirken. Einige Anregung bringt ja der Bericht wohl auch selbst und es ist die Meinung des Berichterstatters, daß nach dieser Seite hin der eine oder andere Fortschritt ohne weitere Opfer durchgeführt werden könnte. Ich empfehle daher im Namen des volkswirtschaftlichen Ausschusses den Antrag:

(Siehe den Antrag aus Beilage 59).

Landeshauptmann: Wünscht jemand zu diesem Berichte und dem gestellten Antrage das Wort zu nehmen? —

Herr Abgeordneter Loser hat das Wort.

Loser: Hoher Landtag! Mit dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses, es seien der Unterrichtsverwaltung für den Stickereiwanderunterricht für die Jahre 1907 und 1908 je 4000 K zu bewilligen, bin ich vollkommen einverstanden und stimme ihm zu.

Ich halte es jedoch für angezeigt, in diesem Augenblicke, wo wir der Regierung einen nicht unbedeutenden Beitrag überweisen, zum Zwecke der Hebung und Förderung der Stickereiindustrie, eine andere Angelegenheit, die ebenfalls diese Industrie betrifft, hier zur Sprache zu bringen.

In Stickereikreisen sind besonders in letzter Zeit ganz bedeutende Klagen laut geworden, die sich fast durchwegs auf den Veredlungsverkehr beziehen. Es wird besonders über die erschwerenden Bestimmungen geklagt, die seitens der Finanzbehörden verfügt wurden, besonders aber über die so sprunghafte Erhöhung der zu leistenden Kauttionen.

Ich unterlasse es aber im gegenwärtigen Augenblicke, in die Details dieser Beschwerden, die man allerorts zu hören bekommt, näher einzugehen, umso mehr, da ich im gegenwärtigen Augenblicke auch nicht in der Lage bin, dieselben in ihrem vollen Umfange auf ihre Richtigkeit prüfen zu können.

Da jedoch diese Beschwerden allgemein und übereinstimmend vorgebracht werden, muß ich wohl annehmen, daß diese begründet seien.

Nachdem nun dormalen kein Reichsrat existiert, also auch keine Abgeordneten, die bei der obersten Finanzbehörde intervenieren könnten, was in solchen Fällen sonst in der Regel zu geschehen pflegt, so sollten, glaube ich, auf anderem Wege Schritte getan werden, um diesen Beschwerden abzuweichen.

Aus diesem Grunde sollte nach meinem Dafürhalten von Seiten des Landtages etwas geschehen und ich möchte mir daher erlauben, folgenden Antrag zu stellen:

„Der Landesausschuß wird beauftragt, bezüglich der besonders in letzter Zeit wiederholt laut gewordenen Klagen über bedeutende Erschwerungen betreffend den Veredlungsverkehr Erhebungen zu pflegen und im Interesse der heimischen Stickerindustrie die geeigneten Schritte zu tun.“

Amann: Hohes Haus! Ich bin mit dem Antrage des Herrn Abg. Loser, wie er ihn gestellt hat, voll und ganz einverstanden und begrüße denselben auf das freudigste. Die erwähnten Klagen und Beschwerden, die von den Kreisen der Stickerinteressenten erhoben werden, sind in der Tat nicht aus der Luft gegriffen, sondern vollauf begründet. Auch ich will es unterlassen, hier im offenen Hause alle jene Schwierigkeiten im einzelnen zu besprechen, die besonders den Veredlungsverkehr betreffen, obwohl es mir als einem an der Sache selbst Beteiligten nicht schwer fallen würde, dies zu tun. Dagegen erkläre ich mich gern bereit, dem Landesausschuß hierüber genaueste Auskunft nach jeder Richtung zu geben. Ich bin auch überzeugt, daß der Landesausschuß dem Antrage die größte Aufmerksamkeit zuwenden und die bezüglichen Erhebungen in gewissenhafter Weise pflegen wird und bitte auch meinerseits, dem Antrage die Zustimmung zu geben.

Landeshauptmann: Wenn niemand mehr zu Punkt 3 der Tagesordnung das Wort wünscht, ist die Debatte geschlossen.

Hat der Herr Berichterstatter zu diesem Punkte noch etwas zu bemerken? —

Dr. Drexel: Nein.

Landeshauptmann: Wir können nun zunächst zur Abstimmung über den Antrag schreiten, welcher vom volkswirtschaftlichen Ausschusse bezüglich des Wanderunterrichts der Stickerfachschule gestellt wird und dann über den Antrag, den der Herr Abg. Loser gestellt hat.

Ich ersuche jene Herren, welche dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben. —

Angenommen.

Zu diesem Gegenstand hat der Herr Abg. Loser einen Separatantrag gestellt, welcher lautet:

(Liest den Antrag.)

Ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrage ihre Zustimmung geben wollen, sich ebenfalls gefälligst von den Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Wir kommen nun zum vierten Punkte der Tagesordnung, betreffend einen zweiten Gegenstand in Stickerangelegenheiten, d. i. der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der Stickerengenossenschaft Lustenau um Gewährung eines Beitrages für den Fachunterricht. Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter.

Dr. Drexel: Die Angelegenheit ist bekannt und beschäftigte das hohe Haus schon in früheren Jahren. Der Antrag ist gleichlautend wie im letzten Jahre.

(Liest Antrag aus Beilage 57.)

Ich empfehle dem hohen Hause den Antrag.

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Antrag und Bericht die Debatte. —

Wenn niemand das Wort wünscht, nehme ich der Kürze halber und um die Herren nicht immer zu bemühen, an, daß das hohe Haus dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses die Zustimmung gibt. —

Sie ist gegeben.

Der nächste Punkt in Stickerangelegenheiten ist der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch des Verbandes der Sticker- und Ferggerengenossenschaft um einen Beitrag für eine Stickerausstellung und für Zwecke des Verbandes. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Dr. Drexel: Der Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses geht dahin, es möge für das Jahr 1907 dem Verbands der Sticker- und Ferggergenossenschaften der Betrag von 700 K bewilligt werden zum Zwecke der Veranstaltung und Durchführung einer Stickereiausstellung. Der Wert einer Ausstellung selbst ist wohl genügend geschildert worden durch den geehrten Herrn Redner in der Generaldebatte und in gleicher Weise rechtfertigt auch der Bericht die Haltung des Ausschusses sowohl dem einen Gesuche gegenüber wie dem andern, weshalb ich dem hohen Hause den Antrag wärmstens empfehle.

Landeshauptmann: Ich eröffne über den in Beilage 60 enthaltenen Bericht und Antrag die Debatte.

Es meldet sich niemand, somit schreite ich zur Abstimmung und ersuche jene Herren, welche dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses die Zustimmung geben, gefälligst sitzen zu bleiben.

Angenommen.

Wir kommen zum letzten Gegenstand in Stickereiangelegenheiten d. i. der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der Stadt Dornbirn um einen Beitrag zur Bestreitung der sachlichen Erfordernisse der k. k. Stickereifachschule. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Dr. Drexel: Der volkswirtschaftliche Ausschuss war der Meinung, daß die Stadtgemeinde Dornbirn eine Unterstützung verdiene, daß dabei die Übernahme der Hälfte der Ausgaben durch das Land den Verhältnissen entsprechend sei und stellt in diesem Sinne seine Anträge bezüglich 1906 und der anderen Jahre. Ich empfehle deshalb den Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses, der für das Jahr 1906 den Beitrag von 1200 K, für das Jahr 1907 einen solchen von 2100 K genehmigt.

Auf einzelne Gedanken, welche der sehr geehrte Herr Abg. Amann ausgeführt hat, glaube ich nicht eingehen zu müssen mit Ausnahme eines einzigen, der gefallen ist, aber streng genommen nicht hierher gehört.

Es ist hingewiesen worden auf die Menge von Schülern in unseren Stickereifachschulen. Es handelt sich aber (leider muß ich es bemerken) um lauter Lehrlinge und nicht um Spezialschüler, und es ist sehr fraglich, ob die Haltung der Schule, lauter Lehrlinge aufzunehmen, für die Dauer von Vorteil

sein kann. Ich möchte das direkt verneinen und wünschen, daß wir einige Zeit gar keine Schule mehr zur Ausbildung von Lehrlingen hätten. Wir haben genügend Arbeitskräfte. Die Hauptsache ist, daß jene, welche schon sticken können, sich zu guten Stickern ausbilden, nicht aber immer noch mehr Arbeitskräfte herangebildet werden.

In den Schweizer Zeitungen klagt man direkt darüber, daß in Vorarlberg gegenwärtig mit ganz übertriebener Hast Maschinen aufgestellt werden und sie machen darauf aufmerksam, daß, wenn einmal eine schwere Krisis kommt, die Hoffnung, sich wieder zu erholen, viel geringer ist, und ich möchte bemerken, daß die Stickereischule — sie gehört nicht mehr in unsere Kompetenz herein — ihrer Aufgabe nur dann entspricht, wenn sie die bereits im Lande beschäftigten Kräfte zu Spezialkräften auszubilden sucht, und deswegen sollte man auch mit aller Kraft darauf hinarbeiten, dieses Ziel zu erreichen. Was z. B. gegenwärtig vorkommt, daß an einer Schiffliemaschine gleichzeitig drei Lehrlinge sich ausbilden und diese drei, wenn sie aus der Stickereifachschule herauskommen, vergebliche Mühe haben, eine Maschine zu finden, wo sie arbeiten können, das ist schon ein Beweis, daß die jetzigen Zustände nicht den Intentionen entsprechen, welche man in diesen Schulen zu verkörpern gesucht hat. Deshalb will ich hier an dieser Stelle diese Angelegenheit bei der Subventionierung, die nicht direkt mit dem Schulbetrieb zusammenhängt, lediglich anbringen, damit sie auch von einer Seite an öffentlicher Stelle ausgesprochen wird.

Landeshauptmann: Ich eröffne über diesen letzten Gegenstand die Debatte.

Drexel: Als feinerzeit die Stickereischule in Dornbirn gegründet wurde, hat die Gemeinde Dornbirn es übernommen, für die sachlichen Erfordernisse aufzukommen. Es hat aber nicht lange gedauert, bis die Gemeinde an das Land herangetreten ist und gesagt hat, das Land habe ein größeres Interesse an der Schule als die Gemeinde Dornbirn; es möge daher auch einen Beitrag zu den sachlichen Erfordernissen leisten. Das Land hat sich herbeigelassen, die Hälfte der jährlichen Erfordernisse von 1800 K zu decken im Betrage von 900 K. Im letzten Jahre hat diese Stickereischule bedeutende Erweiterungen erfahren und die Gemeinde Dornbirn verlangt nun, das Land solle

nicht bloß die Hälfte, sondern zwei Drittel der Gesamtkosten übernehmen. Darauf ist der volkswirtschaftliche Ausschuß allerdings nicht eingegangen, er will aber die Hälfte der mit 4200 K von der Gemeinde präliminierten Kosten der sachlichen Erfordernisse für die Zukunft übernehmen ohne Nachweis des tatsächlichen Erfordernisses.

Wir haben hier eine plötzliche Steigerung der präliminierten Ausgaben von 1800 K auf 4200 K. Es muß das schon eine sehr bedeutende Erweiterung der Schule gewesen sein. (Dr. Drexel: Gewiß.) Ich kenne sie nicht. Das Erfordernis des Präliminäre ist in runden Ziffern gegeben und, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, jedenfalls nicht zu niedrig, sondern vermutlich möglichst hoch, um auch einen möglichst hohen Beitrag vom Lande zu bekommen.

Es ist Usus, daß man von kleinen Gemeinden, falls sie Subventionen beanspruchen, verlangt, daß sie ihre Suche entsprechend belegen. Wir haben nun auch dieses Jahr ein solches Subventionsgesuch einer kleinen Gemeinde erledigt und das Gesuch war auch nicht genau adjustiert. Der Herr Abg. Dr. Waibel hat darum gemeint, man solle zuerst die Gemeinde auffordern, nachzuweisen, was sie tatsächlich im gegebenen Falle zu zahlen habe, ehe man einen bestimmten Betrag votiere. Ich meine nun, es wäre nicht mehr als billig und recht, wenn auch die Stadtgemeinde Dornbirn wie die kleineren Gemeinden — im angezogenen Falle Stallehr — irgendwie jährlich Belege vorlegen würde für die wirklich erlaufenen Kosten, und ich wäre schon dafür gewesen, daß man im Antrage gesagt hätte . . . „Die Hälfte der wirklich erlaufenen Kosten für die sachlichen Erfordernisse bis zum Höchstbetrag von 2100 K.

Antrag werde ich keinen stellen.

Landeshauptmann: Wünscht noch jemand das Wort? —

Wenn niemand sich meldet, ist die Debatte geschlossen. Hat der Herr Berichterstatter noch etwas zu bemerken? —

Dr. Drexel: Nein.

Landeshauptmann: Wir kreiten zur Abstimmung. Ich ersuche jene Herren, welche dem

Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses zustimmen, sich gefälligst zu erheben.

Angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand und die heutige Tagesordnung überhaupt erledigt.

Ich habe den Herren noch mitzuteilen, daß morgen um 9 Uhr vormittag der volkswirtschaftliche Ausschuß hier im Saale zusammentreten wird zur Fortsetzung der Besprechung und Beratung über die verschiedenen Elektrizitätsanträge, wozu sämtliche Herren Abgeordnete wiederum eingeladen sind, an diesen Beratungen und Besprechungen teilzunehmen. Gleichzeitig teilt mir der Obmann des volkswirtschaftlichen Ausschusses mit, daß zu dieser Besprechung morgen um 9 Uhr auch drei Fachmänner und Sachverständige auf dem Gebiete der Elektrotechnik eingeladen sind und auch an diesen Verhandlungen teilnehmen werden.

Die nächste Sitzung beraume ich auf übermorgen, Samstag den 16. März, um 11 Uhr vormittag an mit nachstehender Tagesordnung, welche ich mir vorbehalte, vielleicht noch durch den einen oder anderen kleinen Gegenstand zu ergänzen, falls Berichte einlaufen:

1. Alt Gesekentwürfe betreffend die Reform der Landtags- und Gemeinbewahlordnung und betreffend Abänderung einiger Paragraphen der Landes- und der Gemeinde-Ordnung.
2. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der Vorderwälder Straßenkonkurrenz in Sachen der Erwirkung von Staats- und Landesbeiträgen zu den Mehrkosten der Konkurrenzstraße Lingenau-bayrische Grenze.
3. Bericht des Landesauschusses wegen einer Vorstellung an die k. k. Regierung behufs Erwirkung einer eigenen Landesregierung für das Kronland Vorarlberg.

Zur Erläuterung dieser Tagesordnung gestatte ich mir noch einige Bemerkungen zu machen. Was den ersten Gegenstand der Tagesordnung anbelangt, so werden den Herren Abgeordneten die gedruckten Gesekentwürfe übermorgen in Vorlage gebracht werden und sind dieselben als Entwurf des Landesauschusses referenten bezeichnet, welchen der Landesauschuß hiemit in Vorlage bringt.

Der dritte Gegenstand der Tagesordnung erfordert auch eine kurze Bemerkung. Der Landes-

auschuß hat nämlich gestern eine kurze Sitzung abgehalten, bei welcher auch dieser dritte Gegenstand in Verhandlung kam. Es ist dies nämlich ein eingehender Bericht betreffend die Angelegenheit der Erwirkung einer eigenen Landesregierung für das Kronland Vorarlberg. Der Landesausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung die Zuweisung dieses Berichtes an den hohen Landtag beschlossen. Ich habe den Bericht in Druck legen lassen und er wird an die Herren vermutlich schon heute oder morgen verteilt werden.

Nachdem es keinen Zweck hat, diesen Gegenstand einem eigenen Ausschusse zuzuweisen, da ja

der Antrag des Landesausschusses selbst eine Beauftragung des Landesausschusses enthält, dahingehend, in dieser Angelegenheit weitere Schritte vorzunehmen, so beabsichtige ich, diesen Bericht, wenn er rechtzeitig gedruckt ist und die Herren noch früh genug Gelegenheit haben, Einblick zu nehmen, ohne Verweisung an einen Ausschuß in Verhandlung zu ziehen.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 24 Minuten.)

